

Ich rufe auf:

2 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW - SchG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5394

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Schule
und Weiterbildung
zur zweiten Lesung
Drucksache 13/6358

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Schule
und Weiterbildung
zur dritten Lesung
Drucksache 13/6475

dritte Lesung

Ich verweise auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/6374**. Ich weise ferner hin auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/6384**. Schließlich weise ich auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/6529** und den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/6535** hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Degen das Wort.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute ist ein wichtiger Tag für die Bildungspolitik und für die Schule in Nordrhein-Westfalen. In dritter Lesung werden wir nach intensiven Diskussionen zu aufwendigen und nicht immer ganz einfachen Gesetzesformulierungen und Einzelabstimmungen im Ausschuss für Schule und Weiterbildung das Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen verabschieden.

Die großen Anstrengungen haben sich gelohnt. Das Schulgesetz ist ein gelungener Abschluss dieser Legislaturperiode und ein Ausblick auf die Zukunft. Ich möchte allen danken, die an diesem Gesetz mitgearbeitet haben, und mich auch bei denen bedanken, die sich mit Kritik und konstruktiven Vorschlägen am Dialog beteiligt haben.

Sehr viele Einzelbestimmungen dieses Gesetzes sind einvernehmlich verabschiedet worden. Im politischen Alltag scheint aber das Trennende wichtiger zu sein als die Gemeinsamkeit. Dafür wird

diese Debatte wahrscheinlich wieder einen Beweis liefern.

Das vorliegende Schulgesetz ist nicht nur ein Rechtsbereinigungsgesetz, das sieben Einzelgesetze zusammenfasst und damit schlanker und transparenter ist; das Schulgesetz beinhaltet auch viele neue Reformansätze, um die Bildung in Nordrhein-Westfalen auf die Zukunft hin zu orientieren und die Qualität unserer Schulen sowie die Qualität in unseren Schulen zu verbessern.

Im Mittelpunkt all unserer Überlegungen stehen die Schülerinnen und Schüler. Es geht um ihre Zukunftschancen und damit auch um die Zukunft unserer Gesellschaft. Wenn wir das individuelle Recht auf Bildung verwirklichen, allen Kindern die gleichen Chancen eröffnen, sie fördern statt auszulesen, möglichst viele zu möglichst hohen und qualifizierten Abschlüssen führen und dabei auch noch die Motivation für das lebensbegleitende Lernen erhalten, haben wir das Fundament für den Weg in die Wissensgesellschaft gelegt.

Zahlreiche internationale Vergleichsstudien mit für uns wenig schmeichelhaften Ergebnissen zeigen uns, wo wir stehen, aber auch, wo wir hinmüssen.

Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen haben schon früh der Bildung Priorität eingeräumt. Das gilt sowohl für die einzelnen Reformschritte als auch für die Stellung des Bildungsbereichs im Haushalt des Landes. Selbst bei der bekannten Verschlechterung der Einnahmesituation des Landes ist der Schuletat von 1999 bis 2005 um 17 % gestiegen.

Die einzelnen Reformen, teils bereits vor PISA beschlossen, wie z. B. die so erfolgreiche offene Ganztagsgrundschule, verdichten sich im neuen Schulgesetz zu einem schlüssigen Gesamtkonzept für die Zukunftsfähigkeit unserer Schulen.

Dieses bildungspolitische Gesamtkonzept geht über den Rahmen von Schule und das Schulgesetz hinaus und umfasst auch den wichtigen vorschulischen Bereich.

Die "Neue Schule NRW" bekommt durch das neue Schulgesetz Gestalt. Hier nur einige Stichworte: frühe Förderung im Kindergarten durch die Bildungsvereinbarung; gezielte Sprachförderung vor der Schule; erfolgsorientierter Start durch die neue Schuleingangsphase; Englisch in der Grundschule; Lern- und Förderempfehlungen statt Ankündigung der Nichtversetzung; Erhalt der Chancengleichheit in der Sekundarstufe I durch den nordrhein-westfälischen Weg zum Abitur nach zwölf Jahren; Setzung und Überprüfung von Bildungsstandards nach der KMK-Vereinbarung;

Weiterentwicklung der offenen Ganztagsgrundschule in die Sekundarstufe I hinein.

Die Modellmaßnahme "Selbstständige Schule" gibt den Schulen mehr Freiheit, aber auch mehr Verantwortung. Wir tragen dadurch der veränderten Rolle von Schulaufsicht Rechnung. Qualitätsagentur und Schulinspektionen sichern und entwickeln guten Unterricht und schaffen damit gute Schulen.

Viele dieser Stichworte tauchen jetzt auch in Veröffentlichungen der CDU auf. Das ist schon ein Fortschritt gegenüber dem CDU-Antrag vom 14. Januar 2002 - Drucksache 13/2164 -, in dem Sie von der CDU uns Ihr unsägliches bildungspolitisches Parteiprogramm zur Abstimmung vorgelegt haben.

Meine Damen und Herren von der Opposition, beteiligen Sie sich an der Schaffung der Zukunftsfähigkeit unserer Schulen! Denken Sie daran, wie Sie bei der offenen Ganztagsgrundschule von den Eltern und auch von Ihren eigenen Leuten vor Ort überrollt worden sind! Stimmen Sie dem vorliegenden Schulgesetz zu!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Degen. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Recker.

Bernhard Recker (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es bemerkenswert, wenn der Bremer Bürgermeister Henning Scherf erklärt:

"Die SPD ist hier seit Kriegsende für die Bildungspolitik verantwortlich. PISA ist die Quittung dafür. Nun muss die Partei die Kraft haben, aus ihren Fehlern zu lernen. Die SPD-Rechthaberei wird jetzt nichts bringen. Damit kann man nicht vor die Eltern treten."

(Beifall bei der CDU)

Die Situation in Bremen ist eine Parallele zu Nordrhein-Westfalen. Sie haben aber leider nicht die Kraft und die Größe, Ihre Versäumnisse einzugestehen, meine Damen und Herren. Sie versuchen, das schulpolitische Dilemma durch zum Teil blinden Aktionismus zu verschleiern.

(Beifall bei der CDU)

Wir alle kennen die Ergebnisse. So haben wir laut TIMSS im Vergleich zu anderen zwei Jahre Lernrückstand. Fakt ist: Die Bildungspolitik der Sozialdemokraten und der Grünen ist auf der ganzen Linie gescheitert. In keinem anderen Bundesland

sind die Bildungschancen nämlich so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie hier. Außerdem verlassen Tausende von Jugendlichen unsere Schulen, ohne ordentlich rechnen, lesen und schreiben zu können. - Das ist das Fazit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Emnid die Zahlen bekannt gibt, wie die Menschen in unserem Lande denken, sollten Sie in der Tat endlich wach werden. 64 % der Wähler sagen, an den Schulen falle zu viel Unterricht aus. 77 % sind der Meinung, dass es zu wenig Lehrer gebe. 70 % der Wahlberechtigten kritisieren, dass viele Schüler am Ende der Schulzeit nicht richtig lesen, schreiben und rechnen könnten.

Meine Damen und Herren, gibt es ein vernichtenderes Urteil als diese Stimmungsbildung in der Bevölkerung unseres Landes? Und ich frage: Wie weit haben Sie sich von den Menschen in unserem Lande entfernt, wenn Sie immer noch meinen, wir seien auf einem guten Wege? - Nein; das nimmt Ihnen niemand mehr ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das hier und heute zu verabschiedende Schulgesetz ist keine Antwort auf die Sorgen von Eltern, Schülern und Lehrern. Nichts Zukunftsweisendes! Keine neuen Visionen! Keine Qualitätsverbesserung!

Meine Damen und Herren, die Neuerungen, die Sie nun auf den Weg bringen - Abitur nach zwölf Jahren, Zentralabitur, Lernstandserhebungen - haben Sie jahrzehntelang ideologisch und leidenschaftlich bekämpft und als Teufelswerk abgetan. Nun wollen Sie es als Errungenschaft darstellen. Wo sind wir eigentlich?

(Beifall bei der CDU)

Nur unter dem Druck von PISA haben Sie gehandelt. Ich möchte Ihnen kurz und zusammenfassend erklären, warum wir Ihren Gesetzentwurf im Ansatz für verfehlt halten.

Erstens. Statt weniger Bürokratie verlagern Sie diese an die Schulen, ohne die Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Zweitens. Statt einer wertgebundenen Bildungspolitik legen Sie einen im wahrsten Sinne des Wortes wertlosen Gesetzentwurf vor, denn Sie lassen die Landesverfassung zur Fußnote verkommen.

Drittens. Statt die Verbesserung der individuellen Förderung im Gesetz zu verankern und sie fest-

zuschreiben, bleibt es bei reinen Lippenbekenntnissen.

Viertens. Statt unser gegliedertes Schulsystem zu stärken, sich klar zu ihm zu bekennen, reißen Sie die Einfallstür zur Einheitsschule sperrangelweit auf.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Erst das Einheitslehramt, dann schulformübergreifende Bildungsstandards und jetzt schulformübergreifende Schulaufsicht.

Fünftens. Statt auch die Lehrerinnen und Lehrer zu stärken und ihnen ein verlässlicher Partner zu sein, wollen Sie den Beamtenstatus zum 31. Dezember abschaffen.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Sechstens. Anstatt sich für eine Stärkung der Schulaufsicht auszusprechen und hier für mehr Qualität zu sorgen, wollen Sie den Kommunen und Kreisen diese Aufgabe zuweisen, was dann eine Kostenexplosion verursachen wird.

Meine Damen und Herren, der Austritt von Frau Behler aus der Fraktion spricht Bände. Beispielhaft sei hier die Äußerung Ihrer ehemaligen Ministerin zu nennen, die sagt: "Das bedeutet de facto das Ende staatlicher Schulaufsicht." Ein vernichtendes Urteil! Sie spricht von einer Verdreifachung der Kosten.

Ihr Vorschlag bedeutet, dass die notwendige Vergleichbarkeit der Schulen nicht mehr gesichert ist, wenn man die Großflächigkeit der Schulaufsicht aufgibt. Sie wissen, dass das alle Experten sagen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Lächerlich!)

Sie geben vollkommen ohne Not, aber in voller Absicht eine fächerorientierte und schulformspezifische Schulaufsicht auf, weil Sie alle Voraussetzungen für eine Einheitsschule schaffen wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Lassen Sie mich zwei weitere Punkte nennen, denen wir niemals zustimmen werden, nämlich die unsägliche Drittelparität in der Schulkonferenz und Ihr Zauderrauchverbot. Wir sind für klare Verhältnisse. Das Rauchen an den Schulen muss generell verboten werden, ohne Wenn und Aber. Wir sollten beispielgebend sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Ich komme zum Thema internationale Schulen. Ohne massive Intervention und ohne die Beantra-

gung einer dritten Beratung durch CDU und FDP hätten Sie diese in ihrer Existenz massiv gefährdet. Wir brauchen diese Schulen dringend in Nordrhein-Westfalen, gerade unter dem Aspekt Standortfaktor, denn besonders für große Unternehmen und Mitarbeiter spielt die Internationalität und Qualität der Schule eine erhebliche Rolle. Wir waren froh, dass wir einen Konsens gefunden haben. Nun legen Sie uns heute einen Entschließungsantrag vor, der den gemeinsamen Konsens im Grunde aufkündigt.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Quatsch!)

Ich frage: Ist dieser Antrag vielleicht das Zuckerstückchen, mit dem Sie die ewig gestrigen Nörgler in Ihrer Fraktion beruhigen müssen, Herr Moron?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Vorhin haben Sie sie noch gelobt!)

Ist dieser Antrag die Schmerztablette, die Sie Ihrer Fraktion verabreicht haben, damit das Abstimmen wider besseres Wissens nicht mehr so weh tut?

Meine Damen und Herren, mit Verlaub: Dieser Antrag kann nicht Ihr Ernst sein. Der Verein Deutscher Privatschulen spricht in seiner gestrigen Stellungnahme sogar davon, dass Sie von Rot-Grün mit der Diktion des Antrags in alte Zeiten, in denen Privatschulen als Konkurrenz zu staatlichen Bildungseinrichtungen unerwünscht waren, zurückfallen. Darüber hinaus bezeichnet er die Einführung einer Bedürfnisprüfung als verfassungswidrig. Bitte ziehen Sie den Antrag zurück, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Tatsache ist, mit diesem Gesetz schaffen Sie keinen Neuanfang in der Bildungspolitik. Wenn man sich die Änderungen genau ansieht, dann stellt man fest: Ein Stück Ideologie massiv in Richtung Einheitsschule.

Genauso kritisch zu sehen ist das, was Ihre Exministerin und Exkollegin Frau Behler immer wieder in den letzten Tagen angemerkt hat: Sie verhindern mit Ihrem Gesetz eine qualitätsorientierte Entwicklung des Bildungssystems, denn die Qualität bleibt in diesem Schulgesetz völlig auf der Strecke, und genau das bräuchten wir in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben mit unserem Entschließungsantrag unsere Mindestforderungen auf den Tisch gelegt. Leider sind nur zwei Punkte berücksichtigt, näm-

lich die stärkere Beteiligung des Parlaments und hoffentlich der Weg zur Stärkung der internationalen Schulen.

Wir lehnen den Gesetzentwurf ab, weil wir vom Grundsatz her völlig neue Grundwerte schaffen wollen, was wir auch in unserem Grundsatzpapier zum Ausdruck gebracht haben.

Sie behaupten immer, die Rahmenbedingungen würden verbessert. Nein, Sie tun nichts, meine Damen und Herren. Ich möchte Ihnen einige Beispiele nennen. Sie haben 2.000 Lehrer weniger eingestellt, als es nach Ihrem Stufenplan vorgesehen war. Sie haben im Programm "Geld statt Stellen" 650 Stellen reduziert. Darüber hinaus nenne ich Ihren Wortbruch bei der Ersatzschulfinanzierung im Bereich der Weiterbildung.

Meine Damen und Herren, sagen Sie jetzt bitte nicht, Sie hätten 4.000 Lehrer mit einer Stunde zusätzlich ins System gebracht. Nein, diese Mehrarbeit ist seit dem letzten Schuljahr voll eingeflossen. Von daher sind nicht 4.000 junge neue Lehrer eingestellt worden. Das ist Fakt in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben im Hinblick auf Stundenvolumen und Unterrichtsausfall absolut keine Verbesserungen vorgenommen.

Meine Damen und Herren, wir als CDU wollen einen totalen Neuanfang unter drei Aspekten:

Erstens. Mehr Freiheit für die Schulen.

Zweitens. Mehr individuelle Förderung.

Drittens. Mehr Qualität und verlässlichen Unterricht.

Unsere konkreten Vorstellungen liegen vor. Gerade unser letzter Vorschlag bedeutet mehr Freiheit, Vertrauen nach unten geben. Aber wir wollen die Schulen dabei begleiten, meine Damen und Herren.

Ich finde es amüsant, wenn Rot-Grün behauptet, das sei alles schon auf den Weg gebracht,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

unabhängig davon, Frau Löhrmann, dass es bei Ihrem Modell zur selbstständigen Schule heftige Kritik darüber gibt - bei allem Engagement der Betroffenen -, dass die Regelungsdichte noch größer geworden und die Qualitätssicherung absolut vernachlässigt worden ist. Das wissen Sie ganz genau, Frau Löhrmann.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen nicht 278 Leuchttürme, sondern wir wollen allen Schulen in Nordrhein-Westfalen diese Perspektive und Freiheit geben. Das unterscheidet uns. Ferner wollen wir ihnen ein Zeitfenster geben und sie dabei begleiten.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die "Rheinische Post" vom 22. Januar

(Zurufe von der SPD)

- ich weiß, das hören Sie nicht gerne - schreibt im Kommentar zu unseren bildungspolitischen Vorstellungen - ich zitiere -:

"Damit bekäme Nordrhein-Westfalen das innovativste Schulsystem in Deutschland. Alle anderen Bundesländer setzen bislang auf die alt-hergebrachten Bildungsbükratien."

Genau das ist unser Ziel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen das innovativste, wir wollen das beste Bildungssystem in Deutschland, weil unsere junge Menschen endlich die Chancen erhalten müssen, die sie in Nordrhein-Westfalen verdienen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir lehnen dieses Gesetz ab, stimmen dem FDP-Antrag im Grundtenor zu, wobei einige wenige Punkte natürlich noch der intensiven Diskussion bedürfen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Recker. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Dr. Wolf das Wort.

(Zuruf von der SPD: Oh, der Fraktionsvorsitzende!)

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Absicht von Rot-Grün, das neue Schulgesetz zu verabschieden, erleben wir den ideologischen Einstieg in die Einheitsschule.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Denn der Entwurf sieht eine einheitliche, schulformübergreifende Schulaufsicht vor und schafft damit die Basis für bildungspolitische Gleichmacherei.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN - Marc Jan Eumann [SPD]: Kommen Sie doch einmal aus Ihrer Sardinenbüchse!)

Die Grünen marschieren vorneweg. Meine Damen und Herren, wir wissen doch: Frau Löhrmann ist geradezu besessen von dem Gedanken, unsere Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen abzuschaffen.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU - Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Der Ministerpräsident übt sich derweil in der Politik des Täuschens und Tarnens: Zuerst war er ein bisschen für die Einheitsschule; jetzt ist er ein bisschen dagegen. Er versucht, das Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Das ist ein bildungspolitischer Zick-Zack-Kurs ohne Kompass. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, Herr Steinbrück. Sie sollen den Wählern klar sagen, was Sie wollen. Der Wähler muss wissen: SPD und Grüne stehen für die Einheitsschule. Rot-Grün will - endlich - die flächendeckende Gesamtschule durch die Hintertür einführen.

(Zurufe von der SPD)

Wir stehen für ein besser ausgestattetes, auf Wettbewerb und Leistung ausgerichteteres, gegliedertes Schulsystem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

- Das hören Sie nicht gern. Das weiß ich. Wir sagen: Jedes Kind individuell fördern! Wir sagen Nein zur Einheitsschule!

(Beifall bei FDP und CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Der böse Wolf aus der Sardinenbüchse! - Weitere Zurufe)

Unser bisheriges Bildungswesen leidet nicht unter Systemschwäche. Nicht unsere Schulstruktur und erst recht nicht unsere Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen sind verantwortlich für die Misere in diesem Land. - Das steht übrigens auch mit keinem Wort in der PISA-Studie.

(Brigitte Speth [SPD]: Falsch! Eindeutig falsch!)

Die PISA-Spitzenländer - Frau Speth, da können Sie so viel rufen, wie Sie wollen - Bayern und Baden-Württemberg beweisen, dass mit dem gegliederten Schulsystem auch gute und sehr gute Leistungen zu erreichen sind.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Forderung nach der Einheitsschule entspringt vielmehr einer überholten Bildungsideologie, von der Sie sich einfach nicht trennen wollen. Die Kinder, Lehrer und Eltern leiden unter einer jahrzehntelang verfehlten Bildungspolitik, Unterrichtsausfall und Lehrermangel sind überall anzutreffen.

Da hilft keine Strukturdebatte, meine Damen und Herren. Da helfen nur mehr Lehrer, kleinere Klassen und individuelle Förderung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Jede Schule ist eine schlechte Schule, wenn dort keine Lehrer sind. So einfach ist die Botschaft in diesem Land.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir werden das ändern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen keine staatliche Einheitsschule für alle, sondern eine qualitäts- und leistungsorientierte freie Schule, die alle Talente fordert und fördert. Die bisherige VEB Schule muss zu einer Schul-GmbH werden. Unsere Schulen müssen künftig weitestgehend eigenständig über Finanzen, Personal und Organisation entscheiden.

Andere Länder machen es vor, dass sich die Schulqualität selbst in Problemgebieten verbessert, wenn Autonomie und Profilbildung im Vordergrund stehen.

Den skandalösen Unterrichtsausfall, den eigentlichen Grund für die PISA-Misere - Herr Steinbrück, dabei kommt es nicht darauf an, das in Prozentzahlen zu messen; jede Stunde Unterrichtsausfall ist zu viel in diesem Lande -

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

wollen wir mit einer gesetzlich fixierten Unterrichtsgarantie bekämpfen. In der Konsequenz werden neuen Lehrer eingestellt, und es wird eine Lehrervertretungsreserve geschaffen. Das ist bezahlbar, meine Damen und Herren, nach dem Motto: Kinder fördern statt Steinkohle.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden den Wunsch des Ministerpräsidenten, das Thema Schulsystem aus dem Wahlkampf herauszuhalten, nicht erfüllen. Wir werden stattdessen die Landtagswahl auch zu einer Volksabstimmung über die Einheitsschule machen und den sich formierenden Protest bei Eltern und Lehrern politisch nach besten Kräften unterstützen.

(Zuruf von der SPD: Das könnt ihr ja!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige dritte Lesung des Schulgesetzes für Nordrhein-Westfalen gibt mir Gelegenheit, wichtige Grundzüge dieses Gesetzes noch einmal herauszustellen:

Erstens. Das Schulgesetz macht Ernst mit dem Bürokratieabbau und schafft mehr Transparenz für alle Beteiligten: sieben Gesetze auf einen Streich!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Zweitens. Mehr Freiheit für die Schulen! Alle Schulen werden selbstständige und für den Erfolg ihrer Arbeit verantwortliche Häuser des Lernens. Damit setzen wir ein von den Grünen forciertes Reformvorhaben dieser Legislaturperiode, das Projekt "NRW Schule 21" um.

Schulen werden von nachgeordneten staatlichen Behörden zu eigenständig und eigenverantwortlich arbeitenden Bildungseinrichtungen. Das ist neben der offenen Ganztagschule die zweite bildungspolitische Revolution, die wir in dieser Legislaturperiode ausgelöst haben. Wir haben eine super Bilanz vorzuweisen.

Beide Prozesse sind nicht mehr umkehrbar, weil der Erfolg uns Recht gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Drittens. Wir verankern das Prinzip der individuellen Förderung. Das ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Bildung und damit der Leistungsfähigkeit unserer Kinder - getreu dem nach PISA angemessenen Motto: mehr Leistung durch Fördern statt durch Aussortieren.

Wir machen Ernst mit dem Grundsatz, dass das Kind in den Mittelpunkt gehört und dass sich die Institutionen und Strukturen daran ausrichten müssen. Mit dem Prinzip "25 Kinder im Gleichschritt marsch, in gleicher Zeit durchs Programm!" muss Schluss sein. Denn jedes Kind ist anders und lernt anders.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Viertens. Wir machen Verbundschulen möglich. So sichern wir bei zurückgehenden Schülerzahlen ein wohnortnahes Schulangebot - auch im ländlichen Raum. Das heißt auch: mehr Kooperation zwischen den Schulen, Abbau von institutionellen Barrieren für Schülerinnen und Schüler, mehr Durchlässigkeit nach oben. Die integrative Schule wird von unten wachsen, nicht von oben verordnet. Mehr Leistung durch mehr produktiven Wettbewerb zwischen den Schulen können wir nur dann wirklich ermöglichen, wenn wir die unproduktive Konkurrenz zwischen den Schulformen überwinden.

Fünftens. Mit der Einführung der Drittelparität machen wir unsere Schulen demokratischer. Herr Recker, nur zur Ihrer Information: In Brandenburg gibt es das auch, da regiert die CDU bekanntlich mit.

(Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Sechstens. Wir verankern gesunde Ernährung und Bewegung als Bildungsziele. Unsere Schulen werden rauchfreie Zonen, wenn nicht die Schulkonferenz anders entscheidet.

Eines - das sage ich hier in aller Deutlichkeit - enthält dieses Schulgesetz trotz vieler guter Dinge nicht: eine Leitentscheidung zugunsten eines integrativen Systems.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ewald Groth [GRÜNE]: Leider!)

Ich bedaure das. Dafür werden wir weiter kämpfen. Aber das steht nicht darin. Wer das behauptet, hat es entweder nicht gelesen oder behauptet es wider besseres Wissen, um in widerlicher Art und Weise in diesem Land Stimmung zu machen und die Menschen aufzuhetzen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, nun haben wir die Zeit zwischen zweiter und dritter Lesung nicht nur genutzt, um eine verfassungsmäßige Regelung für internationale und ausländische Schulen zu finden. Zu den Details verweise ich auf den diesbezüglichen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen. Nein, wir haben endlich auch erfahren dürfen, was uns die Opposition bildungspolitisch Neues zu bieten hat. Damit setze ich mich gerne auseinander.

Herr Rüttgers, ich muss Ihnen eigentlich gratulieren. Mit Ihrem Bildungspapier ist Ihnen eine richtig schöne, bunte Seifenblase gelungen. Selbstständige Schule, das ist jetzt auch für Sie der Stein der Weisen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

In Bayern wären Sie damit die Speerspitze der Bewegung in der Union. In Baden-Württemberg kämen Sie vielleicht ganz groß heraus. Das Dumme ist nur: Wir machen das schon. Und schon ist die Seifenblase zerplatzt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei der CDU)

NRW ist nämlich bundesweit vorn. Ihr Papier, das ist in seinen guten Passagen das grüne Wahlprogramm von vor fünf Jahren. Herzlichen Glückwunsch, Herr Rüttgers!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei der CDU)

Herr Rüttgers, wir, SPD und Grüne, haben das Projekt „Selbstständige Schule“ auf den Weg gebracht. Während der mühsamen Umsetzung haben Sie sich wie so oft vom Acker gemacht und den Widerstand dagegen geschürt. Auch das ist nicht vergessen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir werden dafür sorgen, dass Schritt für Schritt alle Schulen selbstständige Schulen werden. Dafür brauchen wir Ihre Plagiate nicht. Das bekommen wir ganz gut ohne Sie hin.

(Dietmar Brockes [FDP]: 50 Jahre brauchen Sie dazu!)

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, rufen jetzt nach selbstständigen Schulen - fünf Jahre, nachdem wir damit schon Ernst machen. Aber was das Schlimmste ist: Sie haben, glaube ich, immer noch nicht begriffen, was das eigentlich heißt. Selbstständige Schule, d. h., die Verantwortung liegt bei der Schule: die Verantwortung für das Personal, die Verantwortung für das Budget und auch die Verantwortung für den Erfolg, für die Qualität der schulischen Arbeit, für die Bildung und Erziehung aller Kinder, die der Schule anvertraut sind. Ist Ihnen das denn immer noch nicht klar? Das bedeutet eben auch eine vollständige Neuformulierung der Aufgaben von schulischer Steuerung und von Schulaufsicht. Das hängt nämlich unmittelbar mit der selbstständigen Schule zusammen.

Wer zentrale Qualitätsstandards für alle will, der braucht eine landesweite, zentrale Qualitätsagentur mit Fachkompetenz. Gleiches gilt für die Schulinspektionen. Und genau das machen wir - beides selbstverständlich landeseinheitlich und staatlich, meine Damen und Herren.

Wer in jeder Schule systematische Qualitätsentwicklung will, der braucht aber auch dezentral, vor Ort, Beratung und Unterstützung für die Schulen. Und genau diese schaffen wir. Wer glaubt, diese Leistungen - Serviceleistungen, Unterstützungsleistungen - müsse man schulformspezifisch, also gleich sechsmal nebeneinander, vorhalten, der hat weder Ahnung von Qualitätsmanagement noch von effizienten Verwaltungsstrukturen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich betone noch einmal: Die Schulaufsicht bleibt staatlich. Sie wird allerdings mit den jetzigen kommunalen Zuständigkeiten verzahnt. Die Trennung in innere und äußere Schulangelegenheiten ist nämlich nicht mehr zeitgemäß. Das sagen alle Leute aus den Kommunen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie, Herr Rüttgers, Budgets für die Schulen wollen - das habe ich Ihrem Papier entnommen -, wenn Sie eigenverantwortliche, dezentrale Ressourcenverantwortung wollen, dann werden Sie auch noch merken, dass das zusammengeführt werden muss. Abschreiben allein bringt einen eben nicht weiter. Das wissen wir doch aus der Schule.

Wer die Schulen von bürokratischer Verwaltungsarbeit entlasten will, der reduziert erstens Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Das tun wir mit diesem Gesetz mit Siebenmeilenstiefeln. Er stellt Ihnen zweitens für das Personal- und Rechtsgeschäft qualifizierte Serviceeinheiten zur Seite, die den Schulen zwar das Routinegeschäft vom Hals halten, aber eben nicht die Verantwortung abnehmen. Und genau das packen wir mit dem Schulgesetz an. Das Motto des Gesetzes lautet: Mehr Freiheit für die Schulen, Verantwortung für die Schulen, das schafft mehr Leistung.

Meine Damen und Herren, bei allem Meinungsstreit in der Bildungspolitik: Es gibt nach PISA eine gemeinsame Analyse des Kernproblems des deutschen Schulsystems. Man überhört es fast, aber alle in Deutschland betonen: Unsere Schulen scheitern an der Aufgabe, jedes Kind individuell nach seinen ganz persönlichen Stärken und Schwächen, nach seinen eigenen Fähigkeiten zu fördern. - Das ist ein spannender Punkt.

Individuelle Förderung, das ist der Dreh- und Angelpunkt. Das sagt Herr Recker, das sagt Herr Witzel, das sagt Frau Schäfer, das sage auch ich. Die entscheidende Frage lautet also: Wieso bekommen wir das nicht hin? Da ist es dann mit der Gemeinsamkeit vorbei. Denn die Antwort der Op-

position lautet: Mehr Geld! - Und das war's. Dann kommt die knackige Forderung: Schrittweise 4.000 neue Stellen, denn wir brauchen kleine Klassen! - Das ist Ihre Alternative: die Verkleinerung der Klassen um 0,8 Kinder. Das ist Ihr Konzept für individuelle Förderung. Das ist lächerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Nachdrücklicher kann man bildungspolitische Hilflosigkeit eigentlich nicht dokumentieren.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist die Zukunft!)

Sie glauben, durch mehr Geld ein versäultes, ineffizientes System, das soziale Ungerechtigkeit zementiert und leistungsfeindlich ist, in die internationale Spitze führen zu können. Wir glauben das nicht. Und die internationalen Studien geben uns Recht. Die individuelle Förderung stößt im gegliederten deutschen Schulwesen an systematische und strukturelle Grenzen. Wir müssen endlich Schluss machen mit der Logik: Die Schulformen, die sind richtig, nur die Kinder sind falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei CDU und FDP)

Das ist doch die Logik! Das Sortieren führt zu Einheitsschulen. Und Einheitsschulen sind ein Irrweg, Herr Recker. Genau! Ihre These ist: Wir sortieren nach den Fähigkeiten der Kinder. - Die PISA-Wahrheit lautet: Wir sortieren nach dem Einkommen der Eltern. - Ihre These ist: Homogenität schafft Leistung.

(Unruhe)

PISA beweist: Der professionelle Umgang mit Heterogenität, mit Vielfalt schafft Leistung. Wir müssen endlich Ernst machen mit dem Umgang von Vielfalt und Heterogenität.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Höhepunkt der Woche: Herr Recker, Herr Witzel, Ihre pawlowschen Reflexe auf den Rückzug von Frau Behler führen ja zu ungewollter Komik. Herr Recker schreibt: „Die Bildungsideologen lassen Ute Schäfer im Regen stehen.“ - Herr Witzel schlägt sich auf die Seite von Frau Behler. Der Frontverlauf wird unübersichtlich. Die Opposition verheddert sich im Gestrüpp ihrer eigenen Ideenlosigkeit - eben wie bei Pawlow: Hauptsache sabbern.

Mir zeigt das einmal mehr: Bei Ihrem Versuch, im vom Verfolgungswahn getriebenen Kampf gegen das Phantom Einheitsschule irgendwo Ideologen auszumachen, verlieren Sie einmal mehr den Ü-

berblick und merken gar nicht, dass Sie es selber sind.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Fies wird es, meine Damen und Herren, wenn die CDU anfängt, Krokodilstränen über den Rückzug von Frau Behler zu vergießen. Haben Sie Ihre Plakate und Zitate eigentlich vergessen? Nur zwei Beispiele: "Der Bildungsnotstand in NRW hat einen Namen. Dieser Name lautet: Gabriele Behler." Herr Reul sekundierte: Wir werden sie jagen, die Frau muss weg.

Eines hat Frau Behler wirklich nicht verdient, jetzt ausgerechnet von Ihnen umarmt zu werden.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Edgar Moron [SPD]: So ist es!)

Ich komme zum Schluss: SPD und Grüne beschließen heute das modernste Schulgesetz, das es in Deutschland gibt. Wir in Nordrhein-Westfalen nehmen die Verfolgung der PISA-Gewinner in Skandinavien mit großen Schritten auf. Wir wissen nämlich: In der Leistungsfähigkeit unserer Bildungseinrichtungen liegt die Zukunft unseres Landes. Bildung schafft wirtschaftlichen Erfolg und Gerechtigkeit, Bildung schafft Demokratie und sozialen Frieden.

Wir stimmen diesem Gesetzentwurf mit Freude zu. Ich lade auch Sie herzlich dazu ein. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer, Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir verabschieden heute ein Landesschulgesetz - einheitlich, schlank, übersichtlich und praktikabel. Dieses Gesetz steht für Entbürokratisierung und für Transparenz.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Damit ist der Weg für die konsequente Modernisierung unseres Bildungswesens frei, z. B. für die flächendeckende Einführung selbstständiger Schulen, für die landeseinheitlichen Abschlussprüfungen und für das Abitur nach zwölf Jahren.

(Bernhard Recker [CDU]: Zwanzig Jahre haben Sie dafür gebraucht!)

- Herr Recker, seien Sie nicht so aufgeregt.

Hinter dem neuen Schulgesetz steht ein neues Verständnis von Schule. Wir wollen Schulen, die stärker bestimmen können, was, wann und wie gelehrt wird. Wir wollen Schulen, die mehr als bisher darüber entscheiden können, wofür sie ihr Geld ausgeben, wer eingestellt und wer befördert wird.

Darum reduzieren wir mit dem neuen Schulgesetz die schulrechtlichen Vorgaben deutlich, und aus diesem Grunde stärken wir die Rolle der Schulleitungen. Deshalb werden wir unseren Schulen mit Beginn des neuen Schuljahres zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten geben.

Kernlehrpläne und Stundenkontingente für die einzelnen Fächer erweitern die pädagogische und organisatorische Verantwortung unserer Schulen. Damit setzen wir den Weg konsequent fort, den wir in Nordrhein-Westfalen mit dem bundesweit größten Modellvorhaben für die selbstständige Schule beschritten haben.

Im März dieses Jahres werden wir einen Zwischenbericht über die bisherigen Erfahrungen vorlegen, und wir werden dann die erfolgreich erprobten Schritte in die Selbstständigkeit mit allen Schulen gehen. In den nächsten fünf Jahren sollen alle Schulen in Nordrhein-Westfalen selbstständige Schulen sein. Das ist unser erklärtes Ziel.

Selbstständigkeit heißt Eigenverantwortung. Eigenverantwortung motiviert und fördert Kreativität. Davon profitieren alle, ganz besonders natürlich unsere Kinder und Jugendlichen.

Herr Rüttgers und Herr Recker, wir haben - Frau Löhrmann hat das schon gesagt - besonders erfreut zur Kenntnis genommen, dass die CDU bei dieser Entwicklung im letzten Moment noch auf den fahrenden Zug aufspringen will.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich sage dazu: Besser spät als nie. Frau Löhrmann und Herr Degen haben schon erwähnt, dass Sie letzte Woche bei uns kräftig abgeschrieben haben.

Wenn Sie dann aber den von uns beschrittenen Weg als Radikalreform der CDU-Bildungspolitik anpreisen, dann täuschen Sie die Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Nahezu all das, was Sie vollmundig ankündigen, haben wir schon längst realisiert, oder wir bringen es hier und heute auf den Weg.

Herr Rüttgers und Herr Recker, Sie kennen doch das Märchen vom Hasen und vom Igel: "Ick bin all

hier." Übersetzt: "Ich bin schon da." Oder: "Wir sind schon da."

Zurück zur Selbstständigkeit von Schulen: Selbstständigkeit bedeutet allerdings nicht den Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für seine Schulen. Denn Selbstständigkeit - ich glaube, das sind wir uns alle einig - meint nicht Beliebigkeit. Im Gegenteil: Wo Schulen eigene Wege gehen, muss der Staat verbindliche Ziele definieren, er muss Standards setzen, und der Staat muss überprüfen, ob diese Standards erreicht werden. Das sichert eine hohe Qualität der Anforderungen, und das sichert die Vergleichbarkeit der Abschlüsse.

Darum werden wir vom Schuljahr 2007 an neue Abschlussverfahren einführen. Alle Schülerinnen und Schüler werden am Ende der 10. Klasse schriftliche Prüfungen in Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache ablegen. Dafür wird es landesweit einheitliche Aufgaben geben. Das gilt auch für die schriftlichen Prüfungen im Abitur, die mit dem Schuljahr 2006/2007 kommen werden.

Zusammen mit den bereits entwickelten Kernlehrplänen und den Lehrstandserhebungen in den Klassen 4 und 9 verfügt Nordrhein-Westfalen über ein umfassendes Konzept der Qualitätssicherung und der Qualitätsentwicklung.

Ich bin davon überzeugt, dass mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung auch zu mehr Wettbewerb unter unseren Schulen führen werden. Das wird auch zu einer verbesserten Vergleichbarkeit der Ergebnisse ihrer Arbeit führen. Das ist gut so. Das wird insgesamt die Bildungsqualität erhöhen.

Nur werden wir anders als Sie, Herr Rüttgers und Herr Recker, eines nicht vergessen: Den Wettbewerb unter Schulen zu fördern, heißt nicht, Schulen dabei allein zu lassen. Selbstständigkeit ist nicht die Entlassung der Schulen in den Kampf ums Dasein, ein Bild, welches die FDP gern im Sinne eines neoliberalen Wettbewerbsgedankens zeichnet, bei dem der Schwache auf der Strecke bleibt. Aufgabe des Staates ist es, seinen Schulen und gerade den selbstständigen Schulen Beratung und Unterstützung anzubieten.

Darum werden wir künftig in die Schulen gehen und dort auch Schulinspektionen durchführen. Jede Schule wird regelmäßig eine Rückmeldung darüber erhalten, wie die Qualität ihrer Arbeit und die Möglichkeit ihrer Weiterentwicklung ist. Das ist übrigens genau das, was Sie, Herr Rüttgers und Herr Recker als Schul-TÜV bezeichnen und lautstark als bildungspolitische Radikalreform ankündigen.

Aber auch hier sage ich Ihnen: Wir sind schon längst da. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Wir sind längst in der Umsetzungsphase. Und wir sind es wieder einmal. Es sind nicht immer die Lauten stark, nur weil sie lautstark sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines haben Sie allerdings beim Abschreiben Ihres Konzeptes übersehen: eine Qualitätsagentur zu fordern für die Überprüfung von Standards, für die Entwicklung von Lehrplänen sowie für die Bildungsberichterstattung. Aber auch diese Qualitätsagentur werden wir hier in Nordrhein-Westfalen in Kürze einrichten. Das ist alles auf gutem Weg, und ich sage Ihnen ausdrücklich: bei uns in guten Händen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wer selbstständige Schulen wirklich will, der ordnet natürlich schulaufsichtliche Aufgaben neu.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Brigitte Speth [SPD])

Die Landesregierung wird in diesem neuen Schulgesetz den enthaltenen Auftrag zügig umsetzen. Sie wird die Schulaufsicht neu strukturieren, zunächst in einzelnen Regionen. Bis 2009 muss der Gesetzgeber dann endgültig entscheiden, welche Aufgaben auf welcher Ebene wahrgenommen werden. Aber ganz klar - um Missverständnissen vorzubeugen -: Die Schulaufsicht in Nordrhein-Westfalen bleibt staatlich. Das Gesetz sieht nichts anderes vor.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die moderne Schule geht mit der Lebenszeit junger Menschen sorgsam um. Sie ist eine Schule, in der Leistung und Förderung untrennbar zusammengehören. Darum schaffen wir mit der Verabschiedung des Schulgesetzes auch die rechtliche Grundlage für die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren. Vom Schuljahr 2005/2006 an werden acht Jahre bis zum Abitur der Regelfall.

(Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

Dazu wird schrittweise der Unterricht in den einzelnen Jahrgangsstufen ausgeweitet, und zwar in den Klassen fünf bis zehn, aber in den Klassen fünf bis zehn aller Schulformen, nicht nur in Gymnasien und Gesamtschulen, sondern auch in den Real- und Hauptschulen.

(Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

Das ist bundesweit einzigartig, das ist unser nordrhein-westfälischer Weg zum Abitur nach zwölf Jahren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dafür investieren wir in Bildung, dafür schaffen wir bessere Rahmenbedingungen für individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen an allen Schulen der Sekundarstufe I.

Aber nicht nur unsere Schulen, auch unsere Schulträger werden vom neuen Schulgesetz profitieren. Zum einen greifen wir im Gesetz den Wunsch der kommunalen Spitzenverbände auf

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

und stärken die Verantwortung der kommunalen Schulträger. Ab August haben die Kommunen die Möglichkeit, mehrere Schulformen organisatorisch unter einem Dach zu führen. Das, was Sie hier demagogisch als Einstieg in die neue Schulstruktur zu diffamieren versuchen, bietet in Wahrheit Gewähr für ein wohnortnahes Schulangebot, auch dann - das wissen wir leidvoll -, wenn in einigen Jahren die Schülerzahlen sinken werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zum anderen haben wir die von den Ersatzschulträgern vorgebrachten Anliegen berücksichtigt. Wir haben die Finanzierung dieser Schulen im Sinne einer stärkeren Pauschalierung neu geregelt. Für diese Schulen bedeutet das mehr Selbstständigkeit, weniger Verwaltungsaufwand.

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz auf die öffentliche Diskussion um das Alkohol- und Rauchverbot an unseren Schulen eingehen. Hierzu habe ich in den letzten Wochen Gespräche mit Eltern- und Lehrerverbänden geführt. Bei Abwägung aller Argumente haben die Regierungsfractionen die Prävention und die Vorbildfunktion von Schulen nach vorn gestellt. Ich begrüße das. Unser gemeinsames Ziel ist - ich glaube, das eint uns auch - die rauch- und alkoholfreie Schule.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Innovation ist eine Daueraufgabe - ganz besonders in der Schulpolitik -, aber sie fängt im Kopf an, bei der Bereitschaft zur Veränderung. Innovation heißt auch, gewohnte Denkweisen zu verlassen und zugleich den Blick für das Machbare zu bewahren. Innovation meint nicht leere Versprechungen, Herr Rüttgers. Innovation meint auch nicht schlecht reden, sondern gut handeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und wer unsere Konzepte abschreibt, der sollte sie dann nicht ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Rüttgers das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Während ich den Reden von Frau Löhrmann und Frau Schäfer zugehört habe, habe ich mich gefragt: Warum ist Frau Löhrmann so hektisch? Ich habe mich gefragt: Warum enthält die Rede von Frau Schäfer so viel Selbstlob, dass es fast schon peinlich war?

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es hat einen ganz speziellen Grund. Es hat den Grund, dass Sie hier in einer Situation ein Gesetz und eine Schulpolitik verteidigen müssen,

(Ewald Groth [GRÜNE]: Jetzt spricht der Verlierer!)

die in der Öffentlichkeit kaum noch Anhänger hat. Sich hinzustellen und zu sagen, an unseren Schulen ist alles in Ordnung, wir sind auf einem richtigen Weg, ist eine Form von Wirklichkeitsverdrängung, die man gar nicht mehr beschreiben kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sich hierhin zu stellen wie Frau Löhrmann und zu sagen: "Wir haben eine Superbilanz", zeigt nur, dass Sie weit weg von der Wirklichkeit in unseren Schulen sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Schäfer, sich hierhin zu stellen und zu sagen: "Die CDU schreibt bei uns ab",

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Stimmt auch!)

ist eine dieser Verhaltensformen, die an den Tag gelegt werden, wenn man sich mit neuen Fragen beschäftigen muss und weiß, da ist etwas Wichtiges dran, und dann noch ganz schnell versucht, die Kurve zu bekommen. Ich halte es da mit den Elternverbänden, ich halte es mit den Rektorenverbänden,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

ich halte es mit der Vorsitzenden der Landeselternkonferenz, Renate Hendricks, die bekanntermaßen für Sie bei dieser Landtagswahl kandidiert und die festgestellt hat, die CDU habe die richtigen Lehren aus der PISA-Studie gezogen. Da hat die Frau Recht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dann hier zu sagen, die Tatsache, dass die ehemalige Schulministerin Behler zurückgetreten ist,

sei eigentlich eine Sache, für die sich die Opposition entschuldigen müsse, hat nun wirklich nichts mehr mit richtiger Wahrnehmung und Klarheit im Kopf zu tun.

Ja, ist sie denn nun zurückgetreten? Oder ist sie nicht zurückgetreten? Haben Sie nun Krach in der Bude? Oder haben Sie keinen Krach in der Bude? Mussten Sie die Position bei den internationalen Schulen auf den letzten Metern noch einmal anpassen, bloß damit Sie mit Ihrem Entschließungsantrag vielleicht Mehrheiten sicherstellen konnten?

(Beifall bei der CDU)

Sie sollten sich schämen. Sie haben Krach. Sie wissen nicht mehr, wohin Sie wollen, und Sie haben unser Schulsystem an die Wand gefahren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das hat etwas damit zu tun, dass Sie die Verantwortung für eine desaströse Bilanz nach 39 Jahren SPD-Schulpolitik tragen.

Ich würde mich als Sozialdemokrat, Herr Ministerpräsident, schämen, wenn ich die Verantwortung dafür tragen müsste, dass in keinem anderen Bundesland die Bildungschancen so von der sozialen Herkunft abhängen wie in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist Ihre Bilanz. Das ist die Bilanz, die geändert werden muss.

Ich würde mich dafür schämen, wenn eine große Gruppe von Schülerinnen und Schülern unsere Schulen verlässt, ohne richtig rechnen, schreiben und lesen zu können. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich würde mich dafür schämen, wenn sich die Lehrerinnen und Lehrer allein gelassen fühlen und ihre pädagogische Freiheit bürokratisch eingeengt wird. Da kann man mit Einzelmaßnahmen, mit unkoordiniertem Reformaktionismus nicht mehr weiterkommen.

Natürlich ist es richtig, dass in diesem Gesetz Maßnahmen enthalten sind, die wir für richtig halten. Natürlich ist es richtig, das Abitur nach zwölf Jahren einzuführen. Natürlich sind einheitliche Prüfungen richtig. Nur, Frau Löhrmann: Zehn Jahre und länger mussten wir das fordern und Sie in die richtige Richtung schieben, bis Sie das jetzt

endlich umgesetzt haben. Dann behaupten Sie doch jetzt nicht, das sei ein großer Reformwurf.

(Beifall bei der CDU)

Das kommt zehn Jahre zu spät. Zehn Jahre lang hätten die Kinder schon bessere Chancen haben können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist die Wahrheit, dass die Landesregierung für den massenhaften Unterrichtsausfall an unseren Schulen die Verantwortung trägt. Sie trägt die Verantwortung dafür, wenn pro Jahr in Nordrhein-Westfalen mehr als fünf Millionen Unterrichtsstunden ausfallen. Die Landesregierung ist dafür verantwortlich, dass Abiturienten in Nordrhein-Westfalen laut Stundentafel ein Jahr weniger Unterricht haben als die Abiturienten in den Ländern, die bei PISA gut abgeschnitten haben. Wenn dann noch ein verlorenes Schuljahr durch Unterrichtsausfall und Vertretungsunterricht dazu kommt, dann heißt das Ergebnis im Klartext: Rot-Grün kostet unsere Schüler zwei Jahre, und die Landesregierung tut nichts dagegen.

(Beifall bei der CDU)

Da sich der Herr Ministerpräsident jetzt schulpolitisch einzumischen versucht hat, indem er Rechnungen aufmacht, will ich noch einmal darauf hinweisen, wie die Wirklichkeit dieser Landesregierung aussieht. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren nicht eine einzige Stelle zur Beseitigung des Unterrichtsausfalls bereitgestellt, im Gegenteil.

(Dorothee Danner [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik hat festgestellt, dass im Schuljahr 2003/2004 trotz 0,5 % mehr Schülern insgesamt 1,6 % weniger Lehrer als im Schuljahr 2002/2003 tätig waren. Das entspricht 2.500 Lehrern.

Die Landesregierung hat im Jahr 2005 - man höre - Lehrerstellen an Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Sonderschulen abgebaut. In diesem Jahr sind es 777 weniger Lehrerstellen als 2004. 777 weniger Lehrerstellen bedeuten mehr Unterrichtsausfall, weniger individuelle Förderung und schlechtere Bildungschancen.

(Beifall bei der CDU)

Da sagen Sie hier, Sie seien auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU und von Ralf Witzel [FDP])

Die Eltern in Nordrhein-Westfalen machen sich große Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder.

(Zurufe von der SPD)

Mehr als jeder zehnte Hauptschüler in unserem Land verlässt die Schule ohne Abschluss. 2003 waren das 5.623 Schülerinnen und Schüler. Das entspricht 244 kompletten Hauptschulklassen mit jeweils 23 Schülern, die von Ihnen in die Perspektivlosigkeit entlassen werden. Wenn 25 von 100 Jugendlichen in NRW am Ende ihrer Schulzeit nicht ordentlich lesen, rechnen und schreiben können, dann sind Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe vorprogrammiert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Landesregierung gefährdet mit ihrer Schulpolitik die Zukunftschancen unserer Kinder.

Weil sich dies auch mit diesem Gesetz nicht ändert, werden wir gegen dieses Gesetz stimmen und damit deutlich machen, dass ein Neuanfang in der Schulpolitik dieses Landes notwendig ist - mit mehr Freiheit für die Schulen, mehr individueller Förderung und vor allen Dingen mehr und verlässlichem Unterricht, damit unsere Kinder den Unterricht bekommen, auf den sie einen Anspruch haben.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU - Anhaltender Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Speth das Wort.

(Zurufe von der CDU)

Brigitte Speth (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir Leid, dass ich Ihre Zufriedenheit störe.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Aber ich darf ja wohl noch reden?

(Oh-Rufe von der CDU)

Ich will Ihnen erst einmal etwas Nettes sagen: Als Sie letzte oder vorletzte Woche Ihr Eckpunktepapier zur Bildungspolitik vorgestellt haben,

(Unruhe - Glocke)

habe ich das erst einmal mit großer Neugier gelesen und als erstes Fazit festgestellt: Sie wollen die selbstständige Schule. Dazu sage ich: Will-

kommen im Club! Das finde ich ganz prima. Das wollen wir auch.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

So, wie Herr Rüttgers gerade gesprochen hat, könnte man fast annehmen, dass die Idee der selbstständigen Schule neu ist. Das ist sie aber nicht. Ich weise Sie darauf hin, dass Sie sich in den vergangenen Jahren sehr heftig bemüht haben, die selbstständige Schule in NRW zu zerreden, beispielsweise durch den Begriff "Schule der Beliebtheit".

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das haben Sie sogar plakatiert.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Trotz alledem: Ich bin bereit, mit Ihnen über die Eckpunkte zu sprechen. Ich will einmal einige nennen. Sie schreiben elf Punkte auf. Einer dieser elf Punkte lautet: "Schulen stellen selbst Lehrerinnen und Lehrer ein." - Ja super, das machen 95 % der Schulen schon, aber das ist ja egal.

Zweitens: "Schulen geben sich selbst ein Schulprogramm." - Ja, das tun die Schulen seit vielen Jahren. Sie sind übrigens schon bei der ersten Überprüfung ihrer eigenen Schulprogramme. Aber, bitte schön, gern!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie schreiben weiter: "Schulen sollen ein eigenes Budget bekommen." - Na wunderbar, im Schulgesetz steht drin, dass wir ein Schulkonto wollen. Das ist ein Teil des Schulgesetzes. Herzlich willkommen im Club!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

"Die Landesregierung erlässt" - auch das steht in Ihren Eckpunkten - "Kerncurricula und Bildungsstandards." - Ja, bitte sehr, was macht die Landesregierung zurzeit? Genau das! Sie setzt sogar noch einen drauf und sagt: Wir wollen noch in diesem Jahr eine Qualitätsagentur einrichten, die genau diese Aufgabe hat. Ja, willkommen im Club!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Jetzt habe ich gezählt - manchmal hilft Zählen ja bei der Argumentation -: Von den elf Punkten zur selbstständigen Schule haben wir bereits neun erfüllt. Es gibt einen - allerdings wesentlichen - Unterschied; der besteht nun einmal unglücklicherweise bei den Lernstandserhebungen. Wir haben gerade zum ersten Mal Lernstandserhebungen gemacht - Ende letzten Jahres -, und zwar bei den Klassen 4 und Klassen 9. Die Er-

gebnisse liegen übrigens vor. Nun schreiben Sie - wegweisend -: Wir wollen, dass das in den Klassen 3 und 8 geschieht.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Nun denn, das ist in der Tat ein erheblicher Unterschied. Über den sollten wir aber - mit Verlaub - nicht lange streiten, denn die Entscheidung für die Klassen 4 und 9 hatte einen Hintergrund. Der Hintergrund war, dass sich eine ganze Fülle von Ländern gleichzeitig zusammengeschlossen und gesagt hat: Wir machen das alle. Die haben sich darauf verständigt. Über die Klasse 3 können wir gern - ich sage Ihnen das sehr offen - in Zukunft reden, wenn das als Problem übrig bleiben sollte.

Also insgesamt - es gibt noch mehr Punkte; die sind auch ziemlich identisch mit dem, was wir tun - sage ich jetzt einmal: Das CDU-Programm ist ein Plagiat.

(Widerspruch bei der CDU)

Aber dafür tadele ich Sie nicht. Im Gegenteil, ich bin richtig dankbar; ich bin dankbar dafür, dass Sie bei uns abgeschrieben haben. Das finde ich prima.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Damit, Herr Rüttgers, machen Sie im Grunde deutlich, dass Sie die Diskussion um ein modernes und innovatives Schulsystem bereits verloren haben - mit Verlaub!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann streiten wir uns vielleicht nur noch über Zeiträume, wie schnell das alles gehen soll. Da höre ich nun von der Opposition: Oh, das geht ja viel zu schnell; die Lehrer sind nicht vorbereitet. Das können wir gar nicht machen. - Beispiele: Selbstständige Schule, offene Ganztagsgrundschule. Und auf einmal wollen Sie uns links unterm Arm überholen, indem Sie sagen: Wir machen das sofort.

Also, meine Damen und Herren, ganz ernst nehmen kann ich das nicht. Aber ich bin froh, dass wir hier schon einmal einen großen Fundus an Gemeinsamkeit haben.

Nun komme ich zu dem Schlagwort "Einheitschule". Das ist ja ein Ding. Wenn mir nur einer von Ihnen einmal eine Definition der Einheitsschule geben könnte, wäre ich ja schon dankbar.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bei der damaligen Gesamtschuldebatte, die Sie immer wieder heranziehen, war es ganz interessant, dass man einmal scherzhaft gesagt hat: Die

CDU versteht unter einer Einheitsschule "eine Schule - ein Lehrer - eine Tafel - ein Stück Kreide". So ist das damals diskutiert worden. Das meinen wir natürlich nicht. Offensichtlich - und das ist das Dilemma - brauchen Sie Kampf Begriffe wie "Einheitsschule", um in der Bildungspolitik überhaupt noch verständlich zu sein.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Da frage ich Sie - das meine ich sehr ernst -: Haben Sie das als große Oppositionspartei eigentlich nötig? Müssen Sie wirklich mit solchen Kampf Begriffen arbeiten? Ich persönlich glaube: nein. Ich denke, dass wir die Frage - ich unterstelle gar nicht, dass Sie diese Frage nicht ebenfalls stellen -, was eigentlich das beste Schulwesen für unsere Kinder ist, auch völlig anders diskutieren könnten. Es wäre doch prima, wenn wir das hinbekämen. Aber nach Ihren Reden, Herr Recker und Herr Rüttgers, heute muss ich sagen, dass ich diese Hoffnung nun nicht mehr habe. Deshalb wiederhole ich das, was ich zu Ihrer Plakatierung der Einheitsschule gesagt habe: Meine sehr geehrten Damen und Herren, schützt unsere Schulen vor der CDU!

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Nun würde ich gern noch einige Sätze zu den internationalen Schulen sagen, weil dieses Thema ebenfalls angesprochen worden ist. Vor Weihnachten hatte ich das Gefühl, als ob das Thema "Internationale Schulen" das eigentlich wichtigste Thema dieses Schulgesetzes sei. Es ist nur ein kleiner Bestandteil. Nun hat es bei den internationalen Schulen in der Tat Irritationen gegeben.

(Zuruf von der CDU: "Irritationen" ist gut!)

Und das Ministerium hat übrigens bereits vor der zweiten Lesung gesagt, dass es Gespräche mit den internationalen Schulen suchen wolle. Das ist auch geschehen. Dabei ist eine Änderung des Entwurfs des Schulgesetzes entstanden. Diese Änderung haben die Koalitionsfraktionen dem Schulausschuss vorgelegt. Und weil man so gern auf der Seite des Siegers sein will, der Gutes tut, sind CDU und FDP ganz schnell mit auf diese Gesetzesänderung gehüpft.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

- War es nun so oder nicht? Genau so ist es doch gewesen. Sie haben beantragt, mit auf den Antrag zu kommen.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich tadele Sie doch nicht dafür. Ich sage auch an dieser Stelle: Schön, dass Sie mitgemacht haben. Aber dann beschimpfen Sie uns heute auch nicht!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es darf doch, bitte, keine Irritation darüber geben, dass sich die Regelungen zu internationalen - und übrigens auch ausländischen - Schulen sowohl an das Grundgesetz als auch an die Landesverfassung halten; das darf man doch überhaupt nicht in Zweifel ziehen. Dabei gibt es eines zu berücksichtigen - das steht übrigens in der Gesetzesänderung bereits drin -: Wir müssen darauf achten, dass dann, wenn Kinder in der Grundschulphase eine internationale Schule besuchen - deutsche Kinder, nicht Kinder ausländischer Herkunft -, in einer solchen Grundschule das Sonderungsverbot eingehalten wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das sagen schon die Verfassungen. Wenn man das aber will, muss man in der Tat mit den internationalen Schulen, die in der Grundschule sein wollen, Vereinbarungen darüber treffen, wie dieses Sonderungsverbot eingehalten werden kann. Darüber werden wir reden. Später wird es - davon gehe ich aus - dazu eine Verwaltungsvorschrift geben. Wir werden über die Höhe des Schulgeldes reden müssen, über freie Plätze und Stipendien. Fasst man das zusammen, kommt man zu einer Form der internationalen Grundschule, die wirklich eine Begegnungsschule ist, an der die Sonderung ausgeschlossen wird. Meine Damen und Herren von der Opposition, darüber darf man sich heute nicht beklagen.

Last but not least: Auch ich habe mich zu bedanken. Ich bedanke mich als Allererstes sehr herzlich bei der Landesregierung sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Oh-Rufe von CDU und FDP)

Dass das ein hartes Stück Arbeit war, soll man ruhig einmal so sagen dürfen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bedanke mich bei unserem Koalitionspartner. Die Zusammenarbeit war manchmal sehr kontrovers, aber zufrieden stellend und gut. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Dann bedanke ich mich auch noch bei meiner eigenen Fraktion, und zwar für Zweierlei: Zum einen bedanke ich mich bei denjenigen, die sämtliche Änderungen mit uns gemeinsam erarbeitet haben. Das gilt auch für unsere eigenen Mitarbeiter. Zum

anderen bedanke ich mich bei denjenigen meiner Fraktion, die der Bildungspolitik nicht so nahe stehen, dafür, dass sie so viele Diskussionen aktiv ertragen haben. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Britta Alenkamp [SPD]: Das haben wir gerne getan!)

Vizepräsident Jan Söffing: Für die Landesregierung spricht der Ministerpräsident. Herr Steinbrück, Sie haben das Wort.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Offenbar kommt man als Oppositionsredner nur sehr selten darum herum, die Redner der Koalitionsfraktionen oder das, was sie gemacht haben, zu charakterisieren. Ich empfand die Rede von Frau Löhrmann keineswegs als hektisch, sondern als einen sehr ironischen und gelungenen Beitrag.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will der Opposition einmal den Spiegel vorhalten: Herr Rüttgers, Sie haben meinem Kabinettmitglied Frau Schäfer vorgehalten, sie habe eine Rede des Selbstlobes gehalten. Diese Charakterisierung von Ihrer Seite würde ich dann akzeptieren, wenn Sie selber in der Lage wären, eine differenzierte Rede zu halten. Das sind Sie aber nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Diese Landesregierung hat sich für die Arbeit der letzten zwei bis zweieinviertel Jahre in der Schulpolitik für nichts, aber auch gar nichts zu schämen. Im Gegenteil!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vielmehr hat diese Landesregierung alleine in den beiden vergangenen Jahren mit der Kollegin Schäfer z. B. das Abitur nach zwölf Jahren eingeführt, ferner Bildungs- und Lernstandards, eine Verbesserung des Sprachunterrichts für Migrantenkinder, eine flexible Eingangsstufe, einen deutlichen Ausbau der Ganztagsbetreuung und außerdem die Einstellung zusätzlicher Lehrer realisiert. Das wollen Sie zwar alles nicht hören, ist aber Fakt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das könnte ich bis hin zu diesem Schulgesetz fortsetzen, das heute zur Abstimmung steht und nach meinem Kenntnisstand sieben Schulgesetze streicht.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

- Warum sind Sie denn so nervös? Das verstehe ich gar nicht.

(Edgar Moron [SPD]: Ich kann das verstehen! - Michael Solf [CDU]: Weil wir Kinder auf der Schule haben! - Oh-Rufe bei SPD und GRÜNEN)

Sieben Schulgesetze sind in ein einziges Schulgesetz überführt worden. Dabei sind ungefähr 40 bis 45 % der Paragraphen gestrichen worden. Ich könnte diese Reihe fortsetzen. Es gibt also überhaupt keinen Anlass, sich zu schämen. Es gibt auch keinen Anlass, überheblich zu sein, sondern wir können feststellen: Wir müssen unsere Arbeit fortsetzen. Das ist die Quintessenz.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Soweit es um die Situation in Nordrhein-Westfalen geht, will ich über Schwierigkeiten gar nicht hinweghuden. Herr Rüttgers, Ihr Beitrag wäre sehr viel glaubwürdiger, würden Sie darauf hinweisen, dass Nordrhein-Westfalen mit 46 % die höchste Quote von Schulabgängern mit einer Hochschulreife hat. Könnten Sie darauf hinweisen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Könnten Sie darauf hinweisen, dass diese Quote in Bayern 31 % beträgt gegenüber 46 % in Nordrhein-Westfalen?

(Heinz Hardt [CDU]: Qualität! - Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Könnten Sie darauf hinweisen, dass Nordrhein-Westfalen unter allen Bundesländern das Land ist, in dem die Schulabgänger ohne Schulabschluss die geringste Quote ausmachen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Müssten Sie über Ihren Schatten springen, um einen wirklich bemerkenswerten parlamentarischen Beitrag zu leisten und solche Realitäten in diesem Land darzustellen?

Was die Stellenentwicklung betrifft, werfe ich Ihnen vor, die Öffentlichkeit zu täuschen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Unter Umgehung der Höflichkeitsformeln könnte ich es noch etwas drastischer ausdrücken. Aber das macht keinen Sinn. Das Plakatanführungszeichen "Rot-Grün schafft Stellen ab" ist eine schlichte Lüge.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Diejenigen, die für Sie plakätieren oder so etwas entwerfen, wissen das auch. Wir können Ihnen nachweisen: Zwischen 2000 und 2004/2005 sind

in diesem Land über 4.000 Stellen neu geschaffen worden. Das weist weder absolut noch relativ irgendein anderes Bundesland auf. So sieht die Realität aus.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Sie bringen in diesem Zusammenhang immer die Formel von der neuen Ehrlichkeit. Richten Sie sich selber ein bisschen an dieser neuen Ehrlichkeit aus.

(Erneut Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist so ähnlich, wenn Sie über "Beliebigkeit" reden. Da geht mir auch immer durch den Kopf: Donnerwetter, Sie sind der richtige Prophet!

Ich wäre dafür, dass Sie die gesamte Realität und nicht immer nur einen Teil der Realität abbilden, der Ihnen gefällt. Das betrifft auch den Unterrichtsausfall. Wir waren es, die die Zahlen im Jahre 2003 transparent gemacht haben, mit denen Sie heute arbeiten. Sie verschweigen, dass seitdem 2.400 Lehrer eingestellt worden sind. Sie verschweigen, dass darüber hinaus eine zusätzliche Unterrichtsstunde eingeführt worden ist. Und Sie verschweigen, dass der Unterrichtsausfall - würden wir ihn jetzt neu erheben - wahrscheinlich unter 4 % liegt.

(Lebhafter Widerspruch von Bernhard Recker [CDU])

- Herr Recker, seien Sie doch nicht so aufgeregt. Den Wahlkampf haben wir doch noch vor uns. Das kommt alles noch auf uns zu.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Ministerpräsident, die vom Ältestenrat vorgesehene Redezeit ist abgelaufen.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Dann muss ich mir ein oder zwei Minuten mehr nehmen, auch auf die Gefahr hin, dass wir ein weiteres Rencontre haben. Mir ist aber an der Sache gelegen.

Beim Unterrichtsausfall sind wir wahrscheinlich bei einem Stand von 3,5 bis 4 %. Über diese Realität reden wir. Ich stimme Ihnen zu, dass dieser Unterrichtsausfall zu hoch ist. Aber das ist nicht das Horrorszenario, das Sie verbreiten.

Sie versuchen, das mit der Millionenzahl deutlich zu machen, aber verschweigen darüber, dass über 122 Millionen Unterrichtsstunden gegeben werden. Wir kommen damit auf Prozentsätze, um

die wir uns kümmern müssen, die aber keineswegs diese Attacke rechtfertigen.

Zur selbstständigen Schule ist alles gesagt worden. Dass Sie jetzt auf den Dampfer springen, wir müssten ein Konzept der selbstständigen Schule sofort und flächendeckend verwirklichen, bringt mir in Erinnerung: Wer hat vor einem oder zwei Jahren das Konzept des Modellversuchs der selbstständigen Schule in diesem Parlament bekämpft? - Das waren doch namentlich Sie!

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe es mit CDU-Kommunalpolitikern zu tun gehabt, die alle gesagt haben: Wir wollen uns gerne an dem Modellversuch der selbstständigen Schule beteiligen, aber unsere Führungsriege ist leider dagegen. Sie will das nicht.

Dann habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen - vorletzte Bemerkung -, dass Sie sich die Niederlande als Vorbild genommen haben, Herr Rüttgers. Das fand ich deshalb interessant, weil ich vermute, dass Sie nicht zu dem Ergebnis gekommen sind, dass in den Niederlanden sozialistische Einheitsschulfanatiker sitzen. Aber das Schulsystem in den Niederlanden ist deutlich integrierter als das gegliederte System bei uns.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Entweder hat Ihnen das keiner gesagt oder Ihnen fällt generell in dieser Debatte nicht auf, dass wahrscheinlich mit wenigen Ausnahmen um uns herum die meisten Länder, die bei PISA besser stehen, ein nicht so gegliedertes Schulsystem wie wir haben. Sie werden in diesem Landtag nicht weiterkommen, wenn Sie versuchen, uns mit dem Begriff "Einheitsschule" eine Art Tabuisierung, ein Denkverbot aufzuerlegen nach dem Motto: Wir dürfen über die Frage der Gliederung dieses Schulsystems und der Schulstruktur nicht ergebnisoffen nachdenken. - Ich werde mich dieser Debatte gerne stellen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Letzte Bemerkung: Wenn Sie über Rücktritte reden, müssen Sie aufpassen, dass Sie nicht verlangen werden. Wenn es jemanden gibt, der mehr als wir über Rücktritte rasonieren dürfte und ob es darüber Krach in der Bude gibt, dürften Sie das sein - nach den Rücktritten, die wir allein in den letzten Wochen bei Ihnen erlebt haben.

(Oh! bei der CDU)

- Aber sicher. Sollen wir Herrn Merz, Herrn Meyer, Herrn Arentz oder Herrn Spreng zum Gegenstand ähnlicher Betrachtungen machen wie umgekehrt

die Frage, ob Frau Behler ihr Mandat abgegeben hat oder wer mehr Krach in der Bude hat? Da wäre ich vorsichtig. Der Hinweis ist schon von Frau Löhrmann gegeben worden: So wie Sie vor einigen Jahren, als Frau Behler im Amt war, mit ihr umgegangen sind, wäre ich dankbar, wenn Sie jetzt mit ihrer Entscheidung souverän und fair umgehen würden. Das ist eine Frage des Stils.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe die Plakate, die hier um die Ecke standen, noch sehr genau in Erinnerung.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Fazit: Ich bin mir sicher, dass die Schulpolitik ein wesentliches Feld sein wird, auf dem wir uns im Landtagswahlkampf begegnen werden. Wir tun das mit großem Selbstbewusstsein vor dem Hintergrund einer Politik der vergangenen zweieinviertel Jahre, die sich sehen lassen kann. Ihre Konzepte müssen sich erst einmal als finanzierbar und überzeugend herausstellen. Bisher sind sie das nicht gewesen. - Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Als nächsten Redner rufe ich Herrn Dr. Rüttgers für die Fraktion der CDU auf.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das Schöne am Parlamentarismus ist, dass jeder seine Meinung sagen kann. Weil der Herr Ministerpräsident die Wahrheit will, möchte ich eine kleine Verlesung aus dem Haushalt machen, und zwar aus den Kapiteln 05 300 bis 05 490; dort geht es um die Stellen.

Fangen wir bei der Hauptschule an: 16.249 Stellen im Jahre 2004, 15.909 im Jahre 2005. In der Realschule: 15.037 Stellen im Jahre 2004, 14.844 im Jahre 2005. Im Gymnasium: 24.424 Stellen im Jahre 2004, 24.237 im Jahre 2005. In der Gesamtschule: 13.696 Stellen im Jahre 2004, 13.629 im Jahre 2005.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Dr. Rüttgers, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Löhrmann zu?

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Nein.

In den Sonderschulen: 13.912 Stellen im Jahre 2004, 13.859 im Jahre 2005. - Das sind die Zahlen aus Ihrem Haushalt. Sagen Sie nicht, Sie hätten irgendetwas gegen den Unterrichtsausfall ge-

tan. Sie haben nichts getan. Sie haben keine Lehrer eingestellt. Die, die Sie mehr eingestellt haben, waren in Ihrem Haushalt klar neuen Aufgaben zugeordnet. Wenn die Wahrheit, Herr Ministerpräsident, dann aber bitte die reine und lautere Wahrheit!

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Für die Fraktion der FDP hat Herr Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es haben sich viele Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen um den Jahreswechsel herum zu Unrecht gefreut, als sie der Zeitung entnehmen durften - ich zitiere die „Rheinische Post“ -: „Katastrophe abgewendet, Schäfer nimmt ihr Schulgesetz zurück“. So ist es Anfang des Jahres denn doch nicht gekommen. Richtig ist nicht das, was in der Zeitung stand, sondern eine Bemerkung, die Frau Kollegin Löhrmann eben bei ihren Ausführungen dargestellt hat. Sie hat gesagt: Das amtierende nordrhein-westfälische Bildungssystem ist leistungsfeindlich und sozial selektiv. Genau das kritisieren wir auch.

(Beifall bei der FDP - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das deutsche!)

- Ja, unser. Nur, Frau Löhrmann, es gehört mit zur Wahrheit, die Frage zu stellen: Wer trägt seit zehn Jahren Verantwortung für diesen Zustand?

(Beifall bei FDP und CDU)

Da sind Sie in der Tat wie ein Geisterfahrer aufgetreten, der all die Massen beschimpft, die ihm entgegenkommen.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Was das Thema des Rücktritts von Frau Ex-Ministerin Behler angeht: Natürlich geht es uns nichts an, wie Sie das intern in der SPD-Landtagsfraktion regeln. Es gibt in allen Parteien Entscheidungen für personelle Veränderungen; da findet jeder bei jedem etwas.

Aber die Aussage ist doch eine ganz andere, nicht die Verklärung ex post der Bildungspolitik von Frau Ministerin Behler. Wenn die frühere Schulministerin, der man wirklich viel nachsagen kann, aber nicht, dass sie Gralshüter der Qualität des Bildungswesens in Nordrhein-Westfalen war, jetzt sagt: "Das, was Rot-Grün heute macht, geht selbst mir zu weit, dahinter kann selbst ich nicht mehr stehen", ist das auch eine politische Aussage.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deshalb halte ich es lieber mit unserem Ministerpräsidenten Peer Steinbrück. Ich komme gerne auf Ihr Angebot zurück, bezüglich der Stellen hier einmal die gesamte Realität zu diskutieren, wie Sie das gefordert haben. Zu der gesamten Realität gehört nämlich, dass Sie entgegen dem geringen Aufwuchs, den Sie zu Beginn der Periode in Ihrem so genannten verlässlichen Stufenplan versprochen haben, mehrere tausend Lehrer weniger eingestellt haben. Zur Wahrheit gehört auch, dass Sie natürlich mit steigenden Schülerzahlen, ohne dass sich dadurch die Unterrichtsversorgung verbessert, rein logisch mehr Lehrer einstellen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen nur schauen, wo die Stellen geblieben sind. Wir haben eben heute in der Breite des allgemein bildenden Schulwesens nicht bessere Zustände, sondern eine große Anzahl von Stellen ist zur Abdeckung der Warteschleifen in die Berufskollegs gegangen, weil junge Menschen in diesem Land keine Ausbildungsplätze mehr finden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deshalb reden wir nicht nur über den für uns selbstverständlichen Grundsatz "Mehr Geld für Bildung", sondern selbstverständlich auch darüber, wie wir durch mehr Leistung und Qualität Probleme vermeiden können, um im Bildungsbereich sachgerechter zu steuern.

Herr Ministerpräsident, Ihre zuständige Fachministerin, Frau Schäfer, hat uns letzte Woche die Zahlen vorgelegt. Von den Schulabgängern des letzten Jahres - das ist gerade ein halbes Jahr her - haben 20 % die Schule verlassen, ohne am Ende des zuletzt besuchten Bildungsgangs einen Abschluss erworben zu haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das sind die Zahlen, die Sie veröffentlicht haben. Das heißt nicht, dass 20 % der Menschen in diesem Land keinerlei Abschluss hätten, aber bezogen auf den zuletzt besuchten Bildungsgang heißt es, dass 20 % keinen Abschluss gemacht haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das sind Ihre Zahlen. So viel zur Wahrheit.

Sie reden von Schulzeitverkürzung. Wer hat die denn seit Beginn dieser Periode beantragt und immer wieder eingefordert?

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommen Sie an, aber Sie machen sie nicht einmal konsequent. Sie kommen hintenrum, unterlaufen die Tür von unten und führen an den Gesamtschulen überall das optionale Förderjahr ein, damit es dort bei 13 Jahren bleibt. Sie verwehren den Berufskollegs die Möglichkeit zur Verkürzung der Schulzeit bis zur allgemeinen Hochschulreife auf 12 Jahre und reden dann von der Gleichstellung von allgemeiner und beruflicher Bildung. Sie preisen hier die offene Ganztagschule an und sagen, da gibt es auch Kommunen, in denen CDU und FDP mitregieren, die dann die Gelder annehmen. Ja, was sollen sie sonst tun?

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Witzel, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Speth zu?

Ralf Witzel (FDP): Ich würde gerne im Zusammenhang vortragen. Die SPD hat auch noch Redezeit.

(Zuruf von der SPD: Feigling!)

Die Leute verhalten sich auch nach dem Prinzip "Vogel friss oder stirb"; denn wenn Sie ehrliche und echte Ganztagschulen beantragen, die nur 5 % der Realschulen und Gymnasien in diesem Land sind, bekommen sie dafür keine Bewilligungen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie reden von Bürokratieabbau. Wir haben beantragt, in dem neuen Schulgesetz Paragraphen zu streichen, in denen Sie im Detail regeln, in welchen Verfahrensweisen - wann, wie, wo - Schulprogramme bei der Schulaufsicht zur Vorlage gebracht werden. Da haben Sie sich geweigert. Dann verabschieden Sie in diesem Schulgesetz Paragraphen, in denen Sie der einzelnen Schule vor Ort verbieten, in Abschlusszeugnissen Fehlzeiten auszuweisen. Ist das Bürokratieabbau, dafür Gesetzesparagraphen zu verabschieden?

(Beifall bei FDP und CDU)

Eines noch zur Schulautonomie: Seit Beginn dieser Legislaturperiode treten alle Fraktionen im Landtag dafür ein, dass wir mehr Freiheiten schaffen. Wir meinen nur ganz andere Bereiche damit. Wir wollen mehr Freiheiten im personellen Bereich, bei der Finanzmittelbewirtschaftung, in organisatorischen Fragen. Aber Freiheiten der Schulautonomie gehen dann zu weit, wenn abhängig von der Gemeinde, also unterschiedlich von Schule zu Schule, entschieden wird, dass die eine mehr Stunden Physik unterrichtet und die andere mehr Stunden Biologie erteilt und es da-

durch zu einer Uneinheitlichkeit der Abschlüsse kommt. Auch das ist für uns falsch verstandene Schulautonomie.

Ein Letztes, Herr Ministerpräsident, zu dem, was Sie zu den Schulabgängerzahlen gesagt haben. Wo liegt da die Logik? Natürlich hat Nordrhein-Westfalen einen immer wieder proklamierten hohen Wert von Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife. Aber wenn wir uns die PISA-Ergebnisse anschauen - ich glaube, dass die Intelligenz in Nordrhein-Westfalen nicht anders verteilt ist als in Bayern -, sehen wir: Die bayerischen Schüler haben inzwischen weit höhere Kompetenzwerte in allen Bereichen, und Nordrhein-Westfalen ist unter den strukturell vergleichbaren westlichen Flächenländern dieser Republik an vorletzter Stelle. Trotzdem vergeben wir hier die meisten formal hohen Berechtigungen. Das hat sicher auch etwas mit Qualität zu tun, aber nichts mit der exzellenten Qualität in NRW.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Witzel, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Wenn Sie möchten, können Sie jetzt auf den Zuschlag reden.

Ralf Witzel (FDP): Ja, ich greife auf den Zuschlag zurück.

Vizepräsidentin Edith Müller: Ich wollte es Ihnen nur sagen, damit die Verhältnisse klar sind.

Ralf Witzel (FDP): Ich komme unmittelbar zum Ende.

Vizepräsidentin Edith Müller: Dann bitte ich Sie, auch zum Schluss zu kommen.

Ralf Witzel (FDP): Ja, Frau Präsidentin.

Es gibt eine gute Botschaft im Zusammenhang mit diesem Schulgesetz: Das ist der Umstand, dass wir, bevor viele Regelungen zum 1. August 2005 in Kraft treten, nach der Politikwende im Mai dieses Jahres vieles wieder ändern werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Witzel. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt so etwas wie leidenschaftliche Ruhe. Das versuche ich jetzt

einmal. Ich habe mich nur gemeldet, weil ich nicht die Gelegenheit hatte, bei dem Kollegen Rüttgers folgende Zwischenfrage zu stellen: Ist Ihnen, Herr Rüttgers, bei der Beschreibung von Stellen und Stunden und Personen nicht klar, dass das ein großer Unterschied ist? Das macht es eben aus, was hinterher an Unterrichtsvolumen entsteht.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das ist ganz einfach. Richtig ist erstens, dass wir nach dem Stufenplan nachweislich 4.000 zusätzliche Stellen in den Haushalten geschaffen haben.

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

Unsere gute Bildungspolitik hat nämlich schon 2000 angefangen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Lachen bei CDU und FDP)

Zweitens ist richtig - und dazu stehen wir auch -, dass wir aufgrund der schwierigen Haushaltssituation sehr zum Unmut der Lehrerverbände und der Lehrerinnen und Lehrer eine Stunde Mehrarbeit verabredet haben, wodurch wir 4.000 zusätzliche Stellen für die Kinder und Jugendlichen erwirtschaften.

(Beifall bei den GRÜNEN - Bernhard Recker [CDU]: Dafür haben Sie aber weniger Lehrer eingestellt!)

- Diese Stellen werden natürlich auf die Zahlen der Lehrerinnen und Lehrer angerechnet. Darum kommt es selbstverständlich zu Absenkungen.

(Zurufe von der FDP)

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern haben wir diese Stellen nicht abgezogen. Wir haben diese Stellen nicht abgezogen,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

sondern mit dem letzten Haushalt sogar noch 1.000 zusätzliche Stellen beschlossen, die - da hat Herr Witzel Recht - natürlich zum Teil durch zusätzliche Bedarfe, die ursprünglich nicht absehbar waren, bedingt waren.

(Oh! bei der CDU)

- Ja, und zwar durch die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt, die damit zusammenhängt, dass Sie bestimmte Maßnahmen bekämpfen,

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

und durch zusätzliche Zuweisungen im Sonderschulbereich, die bildungspolitisch problematisch sind.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Löhrmann, Ihre Redezeit ist beendet.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich dies schildern möchte,

(Unruhe - Glocke)

obwohl die Kollegen es nicht so gerne hören wollen.

Dann sage ich noch zwei Sätze zu den anderen Bundesländern: Niedersachsen stellt zum 1. Februar ---

(Anhaltende Unruhe - Glocke)

Niedersachsen stellt überhaupt nicht mehr ein. Hamburg erhebt den Unterrichtsausfall nicht. In Bayern gibt es kein Programm "Geld statt Stellen" für Unterrichtsausfall; dort werden die Eltern zur Erteilung von Vertretungsunterricht herangezogen.

(Zuruf von der CDU)

Das ist Ihre bildungspolitische Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Löhrmann, Ihre Redezeit ist jetzt beendet.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit bei Frau Speth und den anderen Kollegen der SPD ...

(Unruhe - Glocke)

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Löhrmann, Ihre Redezeit ist jetzt beendet.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): ... für die gute Zusammenarbeit. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank. - Als Nächster hat Herr Dr. Wolf für die Fraktion der FDP das Wort.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist erkennbar, wer hier unruhig und nervös ist. Das ist offensichtlich die Regierungskoalition und auch der Ministerpräsident. Wer sich wie Frau Löhrmann dazu hinreißen lässt, hier das Wort "widerlich" - offensichtlich auch ungestraft - in den Mund zu nehmen, und wer wie Herr Steinbrück der Opposition hier Täuschung und Lüge vorwirft, der muss

schon nervös und unruhig sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die ganze Diskussion hat auch gezeigt, dass Ihr Filibustern um Zahlen nicht verhehlen kann, dass Ihre Leistungsbilanz schlichtweg verheerend ist. Ich verweise auf das von Herrn Recker zu Beginn seiner Rede vorgetragene Zitat. Es ist doch ein Zeichen, wenn ein Sozialdemokrat in Bremen, das ähnlich lange von der SPD regiert wird, diese Selbsterkenntnis hat. - Sie werden zu dieser Erkenntnis offensichtlich niemals kommen!

(Beifall bei FDP und CDU)

Mein Kollege Witzel hat eben schon etwas zum Thema "Abiturientenquote" gesagt und damit die Frage der Quantität und Qualität hier noch einmal zur Diskussion gestellt. Es ist eben nicht ausreichend - wir haben das ja über viele Jahre erlebt; auch Ihr Vorgänger hat sich immer damit gebrüht -, viele Abiturienten zu produzieren. Vielmehr wollen wir viele und gute Abiturienten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Auch durch alle Nebelkerzen, die Sie heute geworfen haben, können Sie nicht kaschieren, dass nach wie vor Fakt bleibt, dass die soziale Schichtung bei den formal am höchsten Qualifizierten hier schlechter als in anderen Bundesländern ist. Das ist das, was Ihre Politik ausmacht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich will ganz deutlich Folgendes sagen: Frau Löhrmann, wie so manche andere Stellungnahme von Ihnen hätten Sie sich auch Ihren letzten Auftritt - diesen "Unterrichtsausfall-Stellenzahlen-Salat", den Sie uns hier immer darlegen - einfach sparen können. Gehen Sie doch einmal an die Basis! Fragen Sie einmal die Eltern und die Kinder!

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich will nicht über 3, 4 oder 5 % sprechen. Ich erfahre von den Eltern und Kindern, dass die Kinder erst zur dritten Stunde Unterricht haben und nach der vierten Stunde wieder gehen dürfen. Das sind die Fakten. Hier muss Unterrichtsgarantie her - Stellenplan hin, Stellenplan her. Die Lehrer müssen her!

(Beifall bei FDP und CDU)

Dann musste ich hören, die Opposition verwende Kampfbegriffe. Das finde ich ja toll! Was ist denn "selektives Schulsystem"? Ist das etwa kein

Kampfbegriff? Ist das nicht die klare Botschaft, dass Sie gegen Leistungsdifferenzierung und gegen unterschiedliche Förderung unterschiedlich Begabter sind?

(Beifall bei FDP und CDU)

Es gibt eben keinen Anspruch auf Gleichheit in Ungleichheit. Wir wollen jeden nach seinen Begabungen fördern. Wir wollen aber nicht Ihren Einheitsbrei. Wir wollen keine Einheitsschule.

Außerdem wollen wir diese Diskussion jetzt und nicht heimlich nach der Wahl. Sagen Sie, was Sie wollen! Und wir werden die Bürger darüber abstimmen lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. - Für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Moron das Wort.

(Beifall bei der SPD - Oh! bei CDU und FDP)

Edgar Moron (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es erfüllt mich mit Freude, dass Sie meinen Auftritt so positiv begleiten. Ich finde das toll.

(Beifall bei der SPD)

Bei solchen Debatten geht mir in letzter Zeit die Frage durch den Kopf: Welchen Eindruck bekommen wohl Menschen - Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern -, die eine solche Debatte verfolgen? - Ich hoffe, dass sie nicht vom Fernsehen übertragen wird. Die Menschen in unserem Land haben Sorgen, dass wir ---

(Zuruf von der FDP: Weiter an der Regierung bleiben! - Heiterkeit)

- Es gibt eine Reihe von Zwischenrufern, die durch wenig Originalität, aber ziemliche Platttheit auffallen, Herr Kollege. - Es gibt viele Menschen in unserem Land, die Sorgen haben, dass die Politik nicht in der Lage ist, aus der PISA-Studie und den anderen Studien, die in der Zwischenzeit ergangen sind, die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

(Zurufe: Korrekt!)

Ich glaube, meine Herren Zwischenbrüller und Zwischenschreier, die erst einmal versuchen sollten, nachzudenken, bevor sie etwas zwischen ihren Zähnen herauskommen lassen,

(Beifall bei der CDU)

wir würden uns gemeinsam auch in einer Wahlkampfzeit als Parlament einen Gefallen tun, wenn wir die Sorgen der Menschen Ernst nehmen und vernünftig über Lösungen diskutieren würden.

(Allgemeiner Beifall)

Das, was hier stattfindet, ist platter Wahlkampf in seiner primitivsten Art.

(Zurufe von CDU und FDP)

Wir werden Sie von der Opposition auf diesem Weg keinen Zentimeter begleiten, sondern wir werden gegen Ihre Zwischenrufer, gegen Ihre manipulierten Zahlen, gegen Ihre Falschdarstellungen

(Zurufe von der CDU und FDP)

Fakten stellen und es den Wählerinnen und Wählern überlassen, zu entscheiden. In dieser Auseinandersetzung - jetzt werde ich ein wenig heftiger - bin ich überhaupt nicht nervös, sondern ganz ruhig und ziemlich sicher: Diese Auseinandersetzung, meine Damen und Herren, werden wir mit Längen gewinnen gegen Leute von gestern und vorgestern, die keine Antworten haben!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich nenne nur Herrn Recker und Herrn Rüttgers, die bei uns abschreiben und das nachher als großes eigenes Modell verkaufen. Das ist platt! Damit würden sie in jeder Grundschulklasse noch nicht einmal eine der Lernstandserhebungen bestehen. Sie schreiben doch nur ab!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben keine eigenen Ideen. Sie wechseln Ihre Meinungen. Sie haben in Petersberg etwas beschlossen, was heute für Sie nicht mehr gilt. Das haben Sie wieder alles vergessen. Jetzt schreiben Sie bei uns ab und wollen das als eigene Leistung verkaufen. Leistungen der Landesregierung, die wir gemeinsam hier Punkt für Punkt diskutiert haben, ignorieren Sie und setzen dem Ganzen ein Konzept entgegen, von dem Sie sagen, es wäre die Glückseligkeit in der Schulpolitik - wohl wissend, dass die meisten Versprechungen, die Sie machen, Ihre Kollegen in anderen Bundesländern auch vor Wahlen gemacht haben, aber nach den Wahlen nicht mehr eingehalten haben, so wie Herr Koch in Hessen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Genauso! Vorher neue zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer versprochen und nachher Lehrerinnen- und Lehrerstellen abgebaut. Das ist die schlichte Wahrheit in Hessen! Das ist die Politik

der CDU. Das zu Ihrer Glaubwürdigkeit! Das ist alles gut im Wahlkampf. Die Menschen werden aber sehr schnell merken, dass Sie sie manipulieren und nicht informieren wollen. Da machen wir nicht mit. Das sage ich Ihnen sehr deutlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe meine Stimme erhoben, um Sie zu über-tönen, weil Sie die ganze Zeit so schreien. Ich würde viel lieber leise reden. Aber bei Ihnen, meine Damen und Herren Zwischenbrüller, muss ich natürlich meine Stimme erheben.

(Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um es ganz klar zu sagen: Wir als Koalition haben zu Beginn der Wahlperiode zusammen mit der Landesregierung beschlossen, in dieser Wahlperiode zusätzliche 6.100 Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Davon waren etwa 1.300 Lehrerinnen und Lehrer vorgesehen für den Englischunterricht ab der vierten und dann ab der dritten Grundschulklasse. Gleichzeitig mussten wir darauf reagieren, dass wir mehr Lehrerinnen und Lehrer für den Bereich der Realschulen brauchten. Das haben wir getan.

Wir haben von diesen 6.100 vorgesehen Stellen etwa 3.500 realisiert. Dann haben wir noch 1.000 zusätzliche Stellen in den letzten beiden Haushaltsjahren zusammen beschlossen. Das haben wir hier alles miteinander diskutiert. Gleichzeitig haben wir gegen Ihren Widerstand die Pflichtstundenzahl für Lehrerinnen und Lehrer um eine Stunde erhöht. Das bringt sogenannte Lehrer-äquivalente, d. h. letztlich mehr Unterricht, erteilt durch Lehrerinnen und Lehrern, in der Größenordnung von etwa 4.000. Wenn Sie diese Zahlen addieren, dann stellen Sie fest, dass wir weit über den 6.100 Stellen liegen, die wir versprochen haben. Das ist die schlichte Realität.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Rüttgers, wenn Sie meinen, nachweisen zu können, dass wir tatsächlich die Lehrerzahlen in dieser Wahlperiode verringert haben, dann sollten wir wetten. Wir müssten uns dann nur noch darüber unterhalten, worüber. Das können wir gerne machen. Bringen Sie die Zahlen, und erzählen Sie nicht Dinge, bei denen Sie meistens Äpfel mit Birnen verwechseln!

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Moron, Ihre Redezeit ist beendet.

Edgar Moron (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war, finde ich, eine sehr in-

teressante Auseinandersetzung. Wir haben gemerkt, worum es in dieser Wahlauseinandersetzung geht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Rüttgers, wir gehen in aller Ruhe in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und gegen Sie. Vor der Wahlauseinandersetzung habe ich, haben wir keine Angst. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Moron. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Insgesamt haben wir fünf Abstimmungen durchzuführen.

Ich komme zur ersten Abstimmung, und zwar über die **Beschlussempfehlung in Drucksache 13/6475**, den Gesetzentwurf in Drucksache 13/5394 in der Fassung nach der zweiten Lesung einschließlich der im Ausschuss beschlossenen weiteren Änderungen anzunehmen. Meine Damen und Herren, die Fraktionen der CDU und der FDP haben gemäß § 53 unserer Geschäftsordnung zu dieser Beschlussempfehlung eine **namentliche Abstimmung** beantragt.

Deswegen kommen wir jetzt zur namentlichen Abstimmung. Ich bitte meinen Kollegen Dr. Kraft, die Namen aufzurufen, und wäre dankbar, wenn es genügend Ruhe gäbe, damit wir alle Rückmeldungen ordnungsgemäß protokollieren können. - Bitte schön, Herr Dr. Kraft.

(Der Namensaufruf erfolgt; Namensliste siehe Anlage 1)

Haben alle ihre Stimme abgegeben? - Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerin und den Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren, ich möchte das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben. Es haben 227 Abgeordnete ihre Stimme abgegeben. Mit Ja stimmten 117, mit Nein stimmten 110,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Enthaltungen liegen nicht vor. Damit ist die Empfehlung in der Drucksache 13/6475 **angenommen** und der Gesetzentwurf der Landesregierung in dritter Lesung verabschiedet. Ich bedanke mich bei Ihnen sehr für die Disziplin bei der namentlichen Abstimmung.

Wir haben aber noch vier Abstimmungen vor uns, die ich jetzt vornehme.

Wir stimmen ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU in **Drucksache 13/6374**. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? - Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. - Wer stimmt dagegen? - SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 13/6374 **abgelehnt**.

Ich lasse abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/6384**. Wer möchte diesem Antrag folgen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. - Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 13/6384 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Ich lasse abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/6529**. Wer möchte diesem Antrag folgen? - Erneut die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Erneut die Fraktionen von CDU und FDP. Enthaltungen? - Ich sehe keine. Dann ist auch dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **angenommen**.

Zum Schluss lasse ich abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/6535**. Wer möchte diesem Antrag folgen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich bedanke mich sehr für die interessante Debatte und für die sehr disziplinierte Abstimmung. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf:

3 Dioxin in Freilandeiern, Pestizide in Obst und Gemüse: Landesregierung muss jährlichen Bericht zur Lebensmittelüberwachung vorlegen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/6496

Ich eröffne die Beratung, erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Dr. Romberg das Wort und wäre dankbar, wenn die Kolleginnen und Kollegen die entsprechende Ruhe im Saal herstellen könn-

ten. Bitte schön, Herr Dr. Romberg, Sie haben das Wort.

Dr. Stefan Romberg¹⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dioxine in Freilandeiern - viele Verbraucher waren überrascht bis entsetzt über diese Nachricht, als die Medien vorletzten Sonntag darüber berichteten.

(Unruhe)

Die Verbraucher wussten nämlich über ein schon längere Zeit bekanntes Problem nicht Bescheid.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Dr. Romberg, einen Augenblick bitte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir würden gern der Rede von Herrn Dr. Romberg in Ruhe folgen können. - Bitte schön, Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg¹⁾ (FDP): Die NRW-Verbraucherministerin hatte sie bewusst nicht aufgeklärt. Frau Höhn wollte nämlich den Traum vom heilsamen Öko-Ei weiterträumen.

Das ist schon bitter. Wo Frau Höhn nur konnte, warb sie für Eier von sogenannten glücklichen Hühnern. Das Risiko war Ihnen bekannt, Frau Höhn. Freilandeiern haben ein deutlich erhöhtes Risiko für Dioxin-Anreicherung sowie Salmonellen-Belastung. Darüber muss ein Verbrauchermi-nister aufklären. Ihnen, Frau Höhn, sind die grüne Öko-Ideologie und der Tierschutz wichtiger als vernünftiger Verbraucherschutz und angemessene Lebensmittelsicherheit in diesem Lande.

Die FDP-Fraktion hatte im November letzten Jahres in diesem Plenum diesen Missstand angemahnt. Was machten Sie? - Sie taten das als Unfug ab. Sie, Frau Höhn, haben vorschnell trotz positiver Proben in NRW Entwarnung gegeben. Sie haben Berichte über erhöhte Dioxin-Belastung in Eiern als Horrormärchen zurückgewiesen.

Um es auf den Punkt zu bringen, Frau Höhn: Ihre Leistung bei der Lebensmittelsicherheit ist nicht nur grenzwertig, sondern sie ist mangelhaft. Sie täuschen wissentlich den Verbraucher. Das ist nicht nur schäbig und unanständig, sondern das ist auch gefährlich.

Kommen wir zu den Zahlen: In den Jahren von 1994 bis 2004 wurden in NRW gerade einmal 103 Eier auf Dioxin untersucht - 103 Eier in zehn Jahren. Sieben Proben waren mit mehr als 3 Pikogramm Dioxin belastet.

Landtag Nordrhein-Westfalen

13. Wahlperiode

Anlage 1

Niederschrift

über die **namentliche Abstimmung** zu Punkt 2 der Tagesordnung
der 143. Plenarsitzung am 27. Januar 2005

Betr.: Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW - SchulG)

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
1	Frau Altenkamp	SPD	X		
2	Frau Appelt	CDU		X	
3	Herr Arentz	CDU		X	
4	Herr Becker	FDP		X	
5	Herr Dr. Behrens	SPD	X		
6	Herr Dr. Berger	CDU		X	
7	Herr Biesenbach	CDU		X	
8	Herr Bischoff, Rainer Josef	SPD	X		
9	Herr Bischoff, Werner	SPD	X		
10	Herr Blömer	CDU		X	
11	Herr Böcker	SPD	X		
12	Herr Prof. Dr. Bollermann	SPD	X		
13	Frau Bolte	SPD	X		
14	Frau Brakensiek	CDU		X	
15	Herr Brendel	FDP		X	
16	Herr Breuer	CDU		X	
17	Herr Dr. Brinkmeier	CDU		X	
18	Herr Britz	CDU		X	
19	Herr Brockes	FDP		X	
20	Frau Brüning	CDU		X	
21	Herr Dr. Brunemeier	SPD	X		
22	Frau Brunert-Jetter	CDU		X	
23	Frau Brunn	SPD	X		
			Sa.: 9	14	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
24	Frau Brusis	SPD	X		
25	Herr Budschun	SPD	X		
26	Frau Capune-Kitka	FDP		X	
27	Herr Champignon	SPD	X		
28	Herr Prof. Dr. Dammeyer	SPD	X		
29	Frau Danner	SPD	X		
30	Frau Dedanwala	SPD	X		
31	Herr Degen	SPD	X		
32	Herr Dieckmann	SPD	X		
33	Herr Diegel	CDU		X	
34	Herr Dietrich	CDU		X	
35	Frau van Dinther	CDU		X	
36	Herr Dirx	SPD	X		
37	Frau Dohmen	SPD	X		
38	Frau Doppmeier	CDU		X	
39	Frau Dr. Dreckmann	FDP		X	
40	Herr Drese	SPD	X		
41	Herr Dr. Droste	CDU		X	
42	Frau Düker	Grüne	X		
43	Frau Dr. Düttmann-Braun	CDU		X	
44	Herr Dr. Eckhold	CDU		X	
45	Herr Eichenseher	Grüne	X		
46	Herr Einmahl	CDU		X	
47	Herr Ellerbrock	FDP		X	
48	Herr Engel	FDP		X	
49	Herr Eumann	SPD	X		
50	Frau Fasse	CDU		X	
51	Herr Feuster	SPD	X		
52	Frau Fischer	SPD	X		
53	Herr Flessenkemper	SPD	X		
54	Herr Dr. Franke	CDU		X	
55	Frau Freimuth	FDP		X	

Sa.: 17 15

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
56	Herr Dr. Freimuth	SPD	X		
57	Herr Frey	SPD	X		
58	Herr Fuß	SPD	X		
59	Herr Garbrecht	SPD	X		
60	Herr Gatter	SPD	X		
61	Frau Gawlik	SPD	X		
62	Frau Gemkow	CDU		X	
63	Frau Gießelmann	SPD	X		
64	Frau Gödecke	SPD	X		
65	Frau Gorcitzka	SPD	X		
66	Herr Groschek	SPD	X		
67	Herr Große Brömer	SPD	X		
68	Herr Groth	Grüne	X		
69	Herr Dr. Grüll	FDP		X	
70	Herr von Grünberg	SPD	X		
71	Herr Hafke	SPD	X		
72	Herr Dr. Hahn	CDU		X	
73	Herr Hardt	CDU		X	
74	Herr Haseloh	SPD	X		
75	Frau Haußmann	Grüne	X		
76	Frau Heemann	SPD	X		
77	Herr Hegemann	CDU		X	
78	Herr Hemmer	SPD	X		
79	Herr Henke	CDU		X	
80	Frau Herrmann	Grüne	X		
81	Herr Hilser	SPD	X		
82	Frau Hinnemann	CDU		X	
83	Herr Dr. Horstmann	SPD	X		
84	Herr Hovenjürgen	CDU		X	
85	Frau Howe	SPD	X		
86	Frau Hürten	Grüne	X		
87	Herr Hüsken	CDU		X	

Sa.: 23

9

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
88	Herr Jäger	SPD	X		
89	Herr Jentsch	SPD	X		
90	Herr Dr. Jordan	FDP		X	
91	Herr Jostmeier	CDU		X	
92	Herr Jülich	CDU		X	
93	Frau Jung	SPD	X		
94	Herr Kaiser	CDU		X	
95	Frau Kann	SPD	X		
96	Herr Dipl.-Ing. Karsli	fraktionslos	NICHT ANWESEND		
97	Herr Dr. Kasperek	SPD	X		
98	Frau Kastner	CDU		X	
99	Frau Keller	CDU		X	
100	Herr Kessel	SPD	X		
101	Frau Kever-Henseler	SPD	X		
102	Herr Keymis	Grüne	X		
103	Frau Kieninger	SPD	X		
104	Herr Klein	CDU		X	
105	Herr Dr. Klose	CDU		X	
106	Frau Koczy	Grüne	X		
107	Herr Kölker	CDU		X	
108	Herr Körfges	SPD	X		
109	Herr Kollorz	CDU		X	
110	Frau Kordowski	CDU		X	
111	Frau Kraft	SPD	X		
112	Herr Dr. Kraft	SPD	X		
113	Herr Kramps	SPD	X		
114	Frau Krauskopf	SPD	X		
115	Herr Kress	CDU		X	
116	Herr Kruse, Heinrich	CDU		X	
117	Herr Kruse, Theo	CDU		X	
118	Herr Kufen	CDU		X	
119	Herr Kuhmichel	CDU		X	

Sa.: 15 16

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
120	Frau Lagemann	SPD	X		
121	Herr Langen	CDU		X	
122	Herr Lenz	SPD	X		
123	Frau Ley, Gisela	SPD	X		
124	Frau Ley, Marie-Theres	CDU		X	
125	Herr Lieven	CDU		X	
126	Herr Lindlar	CDU		X	
127	Herr Lindner	FDP		X	
128	Herr Dr. Linssen	CDU		X	
129	Frau Löhrmann	Grüne	X		
130	Herr Lohn	CDU		X	
131	Herr Lorth	CDU		X	
132	Herr Luckey	CDU		X	
133	Herr Lux	CDU	ENTSCHULDIGT		
134	Herr Mahlberg	CDU		X	
135	Herr Meinecke	SPD	X		
136	Frau Meise-Laukamp	SPD	X		
137	Frau Mierbach	SPD	X		
138	Herr Milles	SPD	X		
139	Frau Milz	CDU		X	
140	Frau Monheim	CDU		X	
141	Herr Moritz	SPD	X		
142	Herr Moron	SPD	X		
143	Herr Mosblech	CDU		X	
144	Frau Müller	Grüne	X		
145	Frau Nell-Paul	SPD	X		
146	Frau Nießen	SPD	X		
147	Herr Niggeloh	SPD	X		
148	Herr Nowack	SPD	X		
149	Herr Ortgies	CDU		X	
150	Herr Dr. Orth	FDP		X	
151	Herr Palmen	CDU		X	

Sa.: 15 16

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
152	Herr Dr. Papke	FDP		X	
153	Frau Dr. Pavlik	FDP		X	
154	Frau Pazdziora-Merk	SPD	X		
155	Herr Pick	CDU		X	
156	Frau Pieper-von Heiden	FDP		X	
157	Herr Post	CDU		X	
158	Herr Priggen	Grüne	X		
159	Herr Rasche	FDP		X	
160	Herr Recker	CDU		X	
161	Frau Reinecke	SPD	X		
162	Herr Remmel	Grüne	X		
163	Frau Ridder-Melchers	SPD	X		
164	Herr Röken	SPD	X		
165	Herr Dr. Romberg	FDP		X	
166	Herr Dr. Rommelspacher	Grüne	X		
167	Herr Roth	SPD	X		
168	Herr Dr. Rudolph	SPD	X		
169	Frau Rühl	CDU		X	
170	Herr Rösenberg	CDU		X	
171	Herr Dr. Rüttgers	CDU		X	
172	Herr Rusche	fraktionslos	NICHT ANWESEND		
173	Herr Sagel	Grüne	X		
174	Herr Sahren	CDU		X	
175	Frau Schäfer	SPD	X		
176	Herr Scheffler	SPD	X		
177	Herr Schemmer	CDU		X	
178	Herr Schittges	CDU		X	
179	Herr Schlebusch	CDU		X	
180	Herr Schmeltzer	SPD	X		
181	Frau Schmid	SPD	X		
182	Herr Schmidt	SPD	X		
183	Herr Schmitz	CDU		X	
			Sa.: 15	16	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		Stimm- ent- haltung
			ja	nein	
184	Herr Dr. Scholz	SPD	X		
185	Frau Dr. Schraps	CDU		X	
186	Herr Schulte, Bernd	CDU		X	
187	Herr Schulte, Gerd	CDU		X	
188	Herr Schulte, Hubert	CDU		X	
189	Herr Schultz-Tornau	FDP		X	
190	Frau Schulze	SPD	X		
191	Frau Schwarz-Schumann	SPD	X		
192	Herr Seel	CDU		X	
193	Frau Dr. Seidl	Grüne	X		
194	Herr Sendker	CDU		X	
195	Herr Sichau	SPD	X		
196	Herr Sieg	SPD	X		
197	Herr Siekmann	SPD	X		
198	Frau Siepenkothen	CDU		X	
199	Frau Sikora	SPD	X		
200	Herr Dr. Sodenkamp	FDP		X	
201	Herr Söffing	FDP		X	
202	Herr Solf	CDU		X	
203	Frau Speth	SPD	X		
204	Herr Stahl	CDU	ENTSCULDIGT		
205	Herr Stallmann	CDU		X	
206	Frau Steffens	Grüne	X		
207	Herr Steinbrück	SPD	X		
208	Frau Stotz	SPD	X		
209	Herr Strehl	SPD	X		
210	Frau Talhorst	SPD	X		
211	Frau Tausch	SPD	X		
212	Herr Tenhumberg	CDU		X	
213	Herr Thiede	CDU		X	
214	Frau Thomann-Stahl	FDP		X	
215	Herr Thulke	SPD	X		
			Sa.: 16	15	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
216	Herr Uhlenberg	CDU		X	
217	Herr Vöge	SPD	X		
218	Herr Vorpeil	SPD	X		
219	Frau Walsken	SPD	X		
220	Herr Weisbrich	CDU		X	
221	Herr Werner	SPD	X		
222	Frau Werthmann	SPD	X		
223	Herr Westkämper	CDU		X	
224	Herr Prof. Dr. Wilke	FDP		X	
225	Herr Wilp	CDU		X	
226	Herr Wirth	SPD	X		
227	Herr Wirtz, Axel	CDU		X	
228	Herr Wirtz, Heinz	SPD	X		
229	Frau Wischermann	CDU		X	
230	Herr Witzel	FDP		X	
231	Herr Dr. jur. Wolf	FDP		X	
Sa.:			7	9	

ERGEBNIS

Seite	Ja	Nein	Stimmenthaltung	Summe
1	9	14		23
2	17	15		32
3	23	9		32
4	15	16		31
5	15	16		31
6	15	16		31
7	16	15		31
8	7	9		16
Gesamt- summe	117	110		227

Unterschrift des Schriftführers

